

ANPACKEN – ZUKUNFT MACHEN.

JAHRBUCH 2020

Arbeitsbericht 04/2020 – 04/2021 SPD-Landesorganisation Bremen



Jahrbuch 2020

Redaktion: Roland Pahl (V.i.S.d.P.)

Die Autorinnen und Autoren verantworten ihre Berichte

Berichtsstand: Ende April/Anfang Mai 2021 Bremen, 31. Mai 2021

JAHRBUCH 2020

SPD-Landesorganisation Bremen

Dieses Jahrbuch ergänzt das im Juni 2020 veröffentlichte Jahrbuch 2018– 2019.

Der zunächst für Mai 2020 vorgesehene und danach aufgrund der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie mehrfach verschobene ordentliche Landesparteitag findet nun mit einem ganzen Jahr Verspätung am 11./12. Juni 2021 statt.

Das Jahrbuch 2020 erscheint ausschließlich digital. Ein Download ist verfügbar.

Wir wünschen uns sehr, dass auch dieses Jahrbuch wieder viele interessierte Leserinnen und Leser findet.

INHALT

Gedenken	Seite 07
Bericht zur Arbeit des Landesvorstandes	Seite 09
Mitglieder des Landesvorstandes	Seite 21
Organisations- und Finanzbericht	Seite 23
Statistiken zur Mitgliederentwicklung	Seite 31
Bericht des Präsidenten des Senats	Seite 47
Bericht der SPD-Bürgerschaftsfraktion	Seite 55

GEDENKEN

Die Landesorganisation hat im Jahr 2020 82 Mitglieder durch Tod verloren. Stellvertretend für alle unsere verstorbenen Genossinnen und Genossen stehen:

Dagmar Lill

Hans-Stefan Seifriz

Günther Gosda

Margarete Kerstein

Hela Brinkmann

Dieter von Ehrenstein

Heinz-Otto Mohrmann

Brigitte Lückert

Luise Lang

Karl-Heinz Sauer

Karl-Heinz Thatje

Erich Oleskow

Horst von Hassel

Annemarie Meibohm

Inge Prekel

Erika Kosch

Robert Francke

Helga Tietze

Rolf Arnold

Gisela Adam

Friedrich Meyerdirks

Marianne Silber

Wir sind ihnen und allen unseren verstorbenen Genossinnen und Genossen für ihre treue Unterstützung unserer Partei zu großem Dank verpflichtet. Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.



BERICHT ZUR ARBEIT DES LANDESVORSTANDES 04/2020 - 04/2021

ANPACKEN – ZUKUNFT MACHEN.

Ins politische Jahr 2020 ist die SPD LAND BREMEN am 17. Januar mit ihrer inzwischen 13. Jahresauftaktveranstaltung gestartet. Begrüßen konnten wir die neue Co-Parteivorsitzende Saskia Esken, deren Rede große Beachtung und viel Zuspruch fand. Rund 400 Genossinnen und Genossen waren nach Bremen-Woltmershausen ins "Heizwerk" der ehemaligen Tabakfabrik gekommen, wo die Veranstaltung erstmalig stattfand. In interessanter und fröhlicher Feierstimmung konnten wir uns noch nicht vorstellen, was die kommenden Monate – bis heute – unser

Leben bestimmen würde: In den ersten Wochen bis Ende Februar 2020 fanden in den Ortsvereinen noch planmäßig die Jahreshauptversammlungen mit den Vorstands- und Organisationswahlen statt, dann ergriff die **Corona-Pandemie** das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben und erzwang schließlich für mehrere Wochen den ersten Lockdown.

Die für die 2. Märzhälfte vorgesehenen Unterbezirksparteitage und damit auch der zunächst für den 9. Mai 2020 vorgesehene ordentliche Landesparteitag mussten verschoben werden.

Die Kundgebungen zum 1. Mai mussten abgesagt, Solidarität musste neu definiert, neu interpretiert und neu gelebt werden.

Digitalisierte politische Arbeit

Der Landesvorstand tagte am 6. April 2020 erstmalig in Form einer Videokonferenz und zeigte damit seine Arbeits- und Handlungsfähigkeit auch unter diesen erschwerten Bedingungen. In der virtuellen Zusammenkunft wurde intensiv über die sozialdemokratischen Schwerpunkte für den vom Senat für die Jahre 2020/2021 vorgelegten Haushaltsentwurf für die Freie Hansestadt Bremen diskutiert und einstimmig der Beschluss "In Zahlen gegossene Politik für die Menschen in Bremen



Sascha Karolin Aulepp Vorsitzende der SPD-Landesorganisation Bremen

und Bremerhaven – mit dem Haushalt 2020/2021 setzen wir klare sozialdemokratische Schwerpunkte!" gefasst.

Erstmalig sagte der DGB die Märsche und die Kundgebungen zum 1. Mai ab. Es mussten ganz neue digitale Veranstaltungsformen entwickelt werden: Solidarisch ist man nicht alleine! Für uns als SPD ist klar: Sozialabbau oder Schwächung von Arbeitnehmerrechten sind keine Option, um die Folgen der Corona-Pandemie "abzumildern". Die Bewältigung der Krise darf nicht auf den Schultern derer ausgetragen werden, die schon jetzt besonders unter ihr leiden. Wir brauchen eine faire Besteuerung und ein Konjunkturankurbelungsprogramm, von dem Beschäftigte wie Arbeitgeber profitieren. Solidarität ist die Antwort der SPD und der rote Faden unserer Politik. Denn wenn denen geholfen wird, die Hilfe brauchen, und die meisten Lasten von denen getragen werden, die sie am besten schultern können, ist am Ende niemand mehr allein.

Nicht nur am 1. Mai, dem internationalen Kampftag der Arbeiterklasse, steht die SPD LAND BREMEN an der Seite der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften. Das zeigte sich zum Beispiel bei der Solidaritätsaktion mit den Beschäftigten bei Karstadt und Karstadt Sport im Juli 2020 in der Bremer Innenstadt, in der

gemeinsamen Missbilligung der Ablehnung eines allgemeinverbindlichen Pflegetarifvertrags durch die Caritas auf Bundesebene, zu der ich mit dem Direktor der Caritas Bremen klare Worte fand, oder in der Solidaritätsaktion mit den Betriebsräten des zum Pflegekonzern Orpea gehörenden "Senioren Wohnpark Weser".

Der traditionelle Ostermarsch konnte ebenso wenig stattfinden wie die meisten Veranstaltungen zum 8. Mai 2020, dem 75. Jahrestag des Kriegsendes und der Befreiung von der Nazi-Diktatur. Ich habe aber für die SPD an einer kleinen Kundgebung der VVN und der "Omas gegen Rechts" auf dem Bremer Marktplatz teilgenommen und in meiner kleinen Ansprache gesagt: "Wir müssen immer wieder deutlich machen, dass es alltäglicher Rassismus und Antisemitismus waren, die den Weg zur nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und zur Shoah geebnet haben. Es war damals eben nicht nur eine überschaubare Zahl von Nazi-Größen, die allein für den Genozid verantwortlich war. Heute sind wir alle gefordert, die Mitmenschlichkeit und Solidarität unserer Gesellschaft immer wieder offensiv zu verteidigen."

Auch die geplanten Veranstaltungen der Partei zum **Betriebsrätegesetz** und der Historischen Kommission beim Landesvorstand zum 75. Jahrestag des Kriegsendes "**75 Jahre Kriegsende. Der Neubeginn der Bremer SPD"** mussten verschoben werden und konnten bis heute auch noch nicht nachgeholt werden.

Am **8. Mai 2020** fand die zweite WebEx-Videokonferenz des Landesvorstandes statt. Aus aktuellem Anlass wurde der **Beschluss** "Abzug aller Atomwaffen von deutschem Boden!" gefasst. Im Zentrum stand die Diskussion des Erfordernisses von Konjunkturimpulsen auf der Bundes- und Landesebene nach der Corona-Pandemie.

Es folgte ein **gemeinsamer Brief mit dem CDU-**Landesvorsitzenden Carsten Meyer-Heder an die Bundesregierung mit der Forderung eines Solidarpaktes einschließlich einer Altschuldenregelung für die Kommunen im Rahmen des geplanten Konjunkturpakets zur wirtschaftlichen Belebung nach dem Corona-Lockdown. Und der Koalitionsausschuss in Berlin am 2./3. Juni brachte mit dem 130-Mrd.-Konjunkturpaket auch viel Positives für

die Kommunen – aber nicht die ersehnte Altschuldenregelung.

Am 19. Juni 2020 tagte der Landesvorstand erneut im Rahmen einer Videokonferenz. Wir diskutierten mit der Intendantin von Radio Bremen Dr. Yvette Gerner zum Thema "Rolle der öffentlichrechtlichen Medien in postfaktischen Zeiten mit Fake News und Verschwörungstheorien". Ein weiterer TOP war die Umsetzung des Konjunkturprogramms des Bundes im Land Bremen und die Verzahnung mit dem Bremer Konjunkturfonds, hierzu berichtete Bürgermeister und Präsident des Senats Andreas Bovenschulte. In die Videokonferenz schaltete sich auch der Parteivorsitzende Norbert Walter-Borjans zu. Der Landesvorstand fasste einstimmig den Beschluss "SPD LAND BREMEN begrüßt das Konjunkturprogramm der Bundesregierung".

Außerdem hat der Landesvorstand einstimmig den neuen Standort des Landesbüros (gemeinsam mit der Geschäftsstelle des Unterbezirks Bremen-Stadt und einem Arbeitsraum für die Jusos) in der Violenstraße 43 beschlossen. Der neue Standort erfüllt die Anforderungen an die Funktionalität und Zentralität hervorragend und bringt auch noch eine nicht unerhebliche Kosteneinsparung mit sich. Die Abgeordnetenbüros unserer beiden Bundestagsabgeordneten und des Europaabgeordneten sind zukünftig dezentral an drei Standorten im Gebiet des Unterbezirks Bremen-Stadt angesiedelt, die gemeinsamen Standorte der Unterbezirke und des Bundestagsabgeordneten in Bremerhaven und Bremen-Nord bestehen selbstverständlich fort. Damit wird die Partei präsenter, sicht- und nahbarer.

Zu einer ersten Präsenzsitzung nach den Monaten der Kontakteinschränkungen zur Eindämmung der Verbreitung des Corona-Virus kam der Landesvorstand im Kreis seiner stimmberechtigten Mitglieder am 10. Juli 2020 zusammen. In der Sitzung stellte der Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion/Land Bremen, Mustafa Güngör, den von der Bürgerschaft in dieser Woche beschlossenen Haushaltsplan für die Freie Hansestadt Bremen vor. Der Landesvorstand konnte erfreut feststellen, dass seine im Beschluss vom April 2020 aufgestellten Forderungen an den Haushalt vollständig umgesetzt worden sind: Mit dem ersten Doppelhaushalt der rot-grün-roten Koalition ist es 2020 und





Tag zwei des "Antrittsbesuchs" unserer neuen Parteivorsitzenden Saskia Esken bei der SPD LAND BREMEN führte sie am 18. Januar 2020 nach Bremerhaven. Die immense Bedeutung des Hafens nicht nur für Bremerhaven und das Land Bremen, sondern weit darüber hinaus für die Wirtschaft in Deutschland war das Thema beim Besuch der Bremer Lagerhaus Gesellschaft (BLG) und einer Rundfahrt über die Terminals. Mit dabei waren unsere Landesvorsitzende Sascha Karolin Aulepp und unser Bundestagsabgeordneter Uwe Schmidt, der am Vormittag auf den Dampfeisbrecher Wal zum "Schnack" eingeladen hatte.

2021 gelungen, klare sozialdemokratische Schwerpunkte zu setzen und damit das Leben der Menschen in Bremen und Bremerhaven besser zu machen. Wir haben erstmals über eine Milliarde Euro für unsere Kitas und Schulen bereitgestellt und damit allein den Etat für Kinder und Bildung um über 200 Millionen Euro erheblich gesteigert. Wir haben einen klaren Akzent auf lebendige Quartiere gesetzt, mit der Aufstockung der WiN-Mittel, mit mehr Geld für Jugend- und Altenarbeit, mit dem Einsatz für sichere und saubere Stadtteile und mit dem ressortübergreifenden Landesprogramm "Lebendige Quartiere" und dem Quartiers-Innovationsfonds. Neben dem LAZLO-Programm für Langzeitarbeitslose haben wir Geld für ein neues Programm für arbeitslose Alleinerziehende bereitgestellt, das sie bei der Integration in den Arbeitsmarkt unterstützt. Gleichzeitig haben wir den Wissenschaftsbereich in unserem Land gestärkt und mehr Geld für unsere Hochschulen bereitgestellt. Und wir haben dafür gesorgt, dass der ÖPNV für diejenigen, die nicht so viel im Portemonnaie haben, erschwinglicher wird. Auch das ist ein Beitrag zu mehr und sozial gerechtem Klimaschutz als gesamtgesellschaftlicher Aufgabe.

Damit war eine gute Basis für unsere **Flyer-Kampagne** zum verabschiedeten Haushalt 2020/2021 geschaffen. Es wurden – großer Dank an die Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften! – in einer kleinen Info-Kampagne mit Infoständen, direkten Verteilungen und Briefkastenstecken zwischen den Corona-Lockdowns im Frühherbst 2020 in Bremen 40.000 Stück und in Bremerhaven 10.000 Stück des von der Landesorganisation herausgegebenen Flyers "ANPACKEN – ZUKUNFT MACHEN: INFORMATIONEN ZUM HAUSHALT 2020/2021 (Bremen)" bzw. "ANPACKEN – ZUKUNFT MACHEN: INFORMATIONEN ZUM HAUSHALT 2020/2021 (Bremerhaven)" verteilt.

Aus gegebenem Anlass – der Beratertätigkeit des ehemaligen Parteivorsitzenden und Vizekanzlers Sigmar Gabriel für den Fleischproduzenten Tönnies – hat der Landesvorstand in der **Sitzung am 10. Juli 2020** sich auch mit dem **Thema Lobbyismus** beschäftigt und den Beschluss "Lobbyismus eindämmen – Offenheit stärken!" gefasst.

Am 13. Juli 2020 kam der SPD-Gewerkschaftsrat/ Land Bremen zu einer Präsenzsitzung zusammen. Er nahm sich vor, eine grundsätzliche Positionierung für eine in die Zukunft gerichtete Industriepolitik, insbesondere auch zur Schlüsselindustrie "Automobil", auch jenseits der konjunkturellen Corona-Krise zu erarbeiten.



Das Parteibüro am neuen Standort in der Violenstraße hat sich zum 1. Mai 2021 herausgeputzt. Seit September 2020 sind hier das Landesbüro, die Geschäftsstelle des Unterbezirks Bremen-Stadt und das Büro der Jusos zu finden.

Die eigentlich für den März 2020 vorgesehenen Parteitage der Unterbezirke konnten aufgrund der anhaltenden Versammlungsbeschränkungen zur Eindämmung der Ausbreitung der Corona-Pandemie auch nicht im Mai 2020 stattfinden. Sie wurden nun auf den 29. August (Bremen-Nord und Bremerhaven) und den 5. September (Bremen-Stadt) unmittelbar nach den Sommerferien terminiert. Der ordentliche Landesparteitag wurde vom Landesvorstand für den 10. Oktober 2020 einberufen.

Auch eine Reihe von Landeskonferenzen/Mitgliederversammlungen der Arbeitsgemeinschaften und Foren mussten erneut verschoben werden, und zwar auf die Zeit nach den Sommerferien. Sie konnten dann aber letztlich alle im August und September 2020 durchgeführt werden. Auch die Parteitage der Unterbezirke und damit die Vorstands- und Organisationswahlen konnten unter strenger Beachtung der Corona-Regelungen in Präsenz durchgeführt werden.

Am 21. und 22. August 2020 fanden unter dem Motto des diesjährigen Christopher Street Days "Liebe siegt gegen Hass" die Bremer CSD-Aktivitäten unter Corona-Bedingungen statt, d. h. keine

laute Musik, keine Partys, kein Alkohol, keine Fahrzeuge im Umzug, sondern am Freitag eine Kundgebung auf dem Bahnhofsvorplatz und am Samstag ein Demonstrationszug bunt, aber still mit 4.000 Teilnehmenden, die ein sichtbares Zeichen für Vielfalt und Toleranz setzten. Es war damit die größte politische Demonstration des Jahres. Besonders freut mich, dass nicht nur unser Bürgermeister und Präsident des Senats, Andreas Bovenschulte, und ich, sondern richtig viele Sozialdemokrat:innen dabei waren!

Nach der Sommerpause kam der Landesvorstand am 4. September 2020 wieder nur als Videokonferenz zusammen. Er diskutierte die Struktur eines programmatischen Leitantrags für den für den 10. Oktober 2020 geplanten ordentlichen Landesparteitag. Weiter beschloss er für den nächsten Bundesparteitag/Parteikonvent den Antrag "Klarheit über 'nachrichtenlose Konten' – Vermögenswerte für soziale Zwecke nutzbar machen." für den nächsten Bundesparteitag/Parteikonvent.

Der **Umzug des Parteibüros in die Violenstraße** startete Anfang September 2020. Das Landesbüro war noch gar nicht richtig angekommen und der

Unterbezirk gerade erst im Begriff, von der Obernstraße in die Violenstraße zu wechseln, da wurde in der Nacht zum 24. September leider eingebrochen. Alle Türen waren aufgebrochen, die Schränke durchwühlt und einige technische Geräte und auch eine kleine Menge Bargeld gestohlen. Es ist jetzt alles wieder repariert und ersetzt, und der Einbruchschutz ist auch im Sinne des bestmöglichen Schutzes unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verbessert worden. Die Versicherung hat den Schaden reguliert. Inzwischen sind wir gut im neuen Parteibüro angekommen und fühlen uns am neuen Standort wohl.

Der bereits zweimal verschobene und dann für den 10. Oktober 2020 vorgesehene ordentliche Landesparteitag musste Corona-bedingt leider wenige Tage vor dem Termin erneut verschoben werden, nun ins Jahr 2021, auf den 12. Juni. Am 23. April 2021 hat der Landesvorstand beschlossen, den Parteitag mit einem digitalen Teil am Vortag zu ergänzen, damit der Hauptteil am Samstag nun hoffentlich auch tatsächlich in Präsenz stattfinden kann.

Der Landesvorstand, der bis zu seiner Neuwahl im Amt verbleibt, hat aber beschlossen, dass die bereits von den Unterbezirksparteitagen für die Wahl in den Landesvorstand nominierten Genossinnen und Genossen bis zur Vorstandswahl auf dem Landesparteitag in die Arbeit des Landesvorstandes eingebunden werden. Alle designierten Vorstandsmitglieder waren hierzu bereit, stiegen motiviert in die Arbeit ein und sind aktiv und engagiert dabei.

Das Antragspaket für den eigentlich am 10. Oktober 2020 vorgesehenen Parteitag umfasste neben dem vom Landesvorstand eingebrachten Leitantrag "ANPACKEN – ZUKUNFT MACHEN" 25 weitere programmatische und zwei organisationspolitische Anträge.

Da alle Anträge bereits in der Antragskommission zum Landesparteitag beraten und mit einer Beschlussempfehlung des Landesvorstandes versehen waren, hat der Landesvorstand in seiner Sitzung am 1. November 2020 beschlossen, mit den Anträgen grundsätzlich wie in seinen Beschlussempfehlungen vorgesehen umzugehen und zu beschließen. Diese Sitzung des Landesvorstandes, die eigentlich die Klausur zur Konstituierung des

neu gewählten Landesvorstandes hätte sein sollen und auch als Präsenzsitzung geplant war, musste aufgrund des erneuten Lockdowns wieder als Videokonferenz durchgeführt werden. Erstmalig waren zu dieser Konferenz auch die designierten Vorstandsmitglieder eingeladen. Auf dieser Vorstandssitzung wurde auf der Landesebene der neue Arbeitskreis "Kinder- und Jugendpolitik" eingerichtet, er wird von Petra Krümpfer und Oliver Schmolinski verantwortet. Der Arbeitskreis "Soziales" wird nun neben Karl Bronke ergänzend von Birgitt Pfeiffer geleitet. Die Leitung des Arbeitskreises "Inneres/Innere Sicherheit/Polizei/Feuerwehr" übernehmen Jochen Kopelke und Florian Boehlke. Als Bildungsbeauftragter wird Karl Bronke zukünftig von Oliver Schmolinski unterstützt. Es wurde eine Arbeitsgruppe "Soziale Medien" einberufen, der Swen Awiszus, Holger Gatz und André Sebastiani aus dem Landesvorstand, der Landesgeschäftsführer Roland Pahl, das hauptamtliche Social-Media-Team (Selin Ace Arpaz, Jonas Elster, Aaron Thatje) angehören. Außerdem sind die auf dem Feld Arbeitenden aus den Unterbezirken und der Bürgerschaftsfraktion sowie der Bürgermeister über einen Beauftragten eingebunden. Und in dieser Sitzung hat sich der Landesvorstand auch eine grobe Projektplanung für die Jahre 2021 und 2022 gegeben.

Entsprechend dem Anspruch der SPD LAND BRE-MEN, dass unsere Partei eine Programmpartei ist, beteiligten wir uns selbstverständlich auch an den Debatten zur Erarbeitung des Programms zur Bundestagswahl. Eigentlich wollten wir unsere Programmschwerpunkte mit dem vom Landesvorstand vorgelegten Leitantrag "ANPACKEN -ZUKUNFT MACHEN" auf dem Landesparteitag am 10. Oktober 2020 diskutieren. Da dieser aber wegen der dynamischen Entwicklung in der Corona-Pandemie ins Jahr 2021 verschoben werden musste und der Landesvorstand die Bremer Forderungen an das SPD-Bundestags-Wahlprogramm dennoch rechtzeitig in den weiteren Erarbeitungsprozess einbringen wollte, haben wir am 10. November 2020 eine Landesparteikonferenz, die in dieser Zeit nur digital möglich war, durchgeführt. Auf dieser haben wir mit den interessierten Genossinnen und Genossen die 10 Schwerpunkte für das Programm zur Bundestagswahl 2021 aus dem Leitantrag des Landesvorstandes diskutiert. Anschließend hat sich der Landesvorstand nochmals mit den Bremer Forderungen in seiner Sitzung am 20. November 2020 befasst und sie dann als Antrag an den Bundesparteitag in den Erarbeitungsprozess des Programms zur Bundestagswahl auf der Bundesebene eingebracht: "ANPACKEN – ZUKUNFT MACHEN".

Eine weitere Parteikonferenz zum Programm zur Bundestagswahl haben wir am 16. März 2021 zum vom Parteivorstand vorgelegten 1. Entwurf des Zukunftsprogramms durchgeführt. Hier gab es schon viel Zustimmung zum vorgelegten Zukunftsprogramm. Es wurden aber zum Beispiel zur Verknüpfung von Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit, zur Frage der Umverteilung, der Finanzierung von Forschung und Wissenschaft, zur Ausbildungsumlage, zur Lösung der Altschuldenfrage von Kommunen und Stadtstaaten sowie nicht zuletzt zu einer aktiven Friedens- und Entspannungspolitik noch Ergänzungen, Präzisierungen und Zuspitzungen vorgeschlagen, die der Landesvorstand am 19. März 2021 in seine Positionierung "Zukunftsprogramm - Perspektive Bremen" zusammenfasste und als Beitrag an den Parteivorstand gegeben hat. Einige Punkte fanden dann auch tatsächlich noch Eingang in den endgültigen Entwurf des Zukunftsprogramms, den der Parteivorstand am 21. März 2021 dem Bundesparteitag als Leitantrag vorgelegt hat. Die Verabschiedung des <u>Zukunftsprogramms</u> erfolgte endgültig auf dem außerordentlichen Bundesparteitag am 9. Mai 2021, der erstmals in einem Onlineformat stattfand. Unsere Delegation der SPD LAND BREMEN traf sich zur gemeinsamen Teilnahme am Parteitag im KWADRAT, um zumindest in diesem Rahmen ein Gemeinschaftsgefühl und -erlebnis zu schaffen. Das ist uns gelungen, alle waren diszipliniert und interessiert bei der Sache – auch wenn wir uns alle gewünscht hatten, wieder in Präsenz zu tagen und Genossinnen und Genossen aus ganz Deutschland auch persönlich wiederzutreffen.

Im Mittelpunkt der Sitzung des Landesvorstandes am 20. November 2020 stand die Präsentation des Positionspapiers "Pflege neu denken: Bremer Programm "Pflege im Quartier" des Arbeitskreises "Soziales" durch Karl Bronke. Hierzu hat der Arbeitskreis am 13. April 2021 auch eine öffentliche Online-Konferenz durchgeführt, an der gut 20 Expert:innen teilgenommen haben.

In der **Corona-Pandemie** ging und geht es zentral darum, alles zu tun, damit die Ausbreitung des Virus



Auf dem außerordentlichen Bundesparteitag am 9. Mai 2021 in einem Online-Format wurde das SPD-Zukunftsprogramm zur Bundestagswahl 2021 mit einer Zustimmung von 99,3 Prozent verabschiedet – die Bremer Delegation traf sich zur gemeinsamen Teilnahme am Parteitag im KWADRAT.

eingeschränkt wird und unser Gesundheitssystem nicht überfordert wird – bis möglichst viele Menschen geimpft sind. Hier sind wir – ganz besonders auch in Bremen – inzwischen auf einem guten Weg. Die durch die Pandemie verursachte Krise ist die größte Herausforderung an die Arbeitsmarkt, die Wirtschafts- und Finanzpolitik und nicht zuletzt auch an die Sozialpolitik seit dem Ende des 2. Weltkrieges. Und insbesondere für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist ein weiteres gesellschaftliches Feld von größter Bedeutung: die Zukunft der Kinder und Jugendlichen.

Gute Bildung muss auch während der Pandemie für Kinder und junge Menschen gesichert werden. Dazu gehört mehr als nur Wissensvermittlung. Sie brauchen so viel gemeinsame Lern- und Erlebniszeit wie möglich – in der Kita und in der Schule. Andererseits müssen wir dem Infektionsschutz gerecht werden. Die Abwägung zwischen Infektionsschutz einerseits sowie möglichst viel Teilhabe und Lernzeit unter Berücksichtigung der Interessen und Bedürfnisse der Kinder andererseits ist die Grundlage der zu treffenden schwierigen Entscheidungen zu Präsenz-, Distanzunterricht, Notversorgung und Teilgruppen. Am 26. November 2020 haben wir zum Thema "Bildung in Zeiten der Pandemie" eine Parteikonferenz mit unserer Senatorin für Kinder und Bildung Claudia Bogedan durchgeführt, auf der wir mit sehr guter Beteiligung die "Situation der Kindertagesbetreuung und des Schulunterrichts unter den Bedingungen der Corona-Pandemie" diskutierten. Zum Thema "Kita und Schule in Zeiten von Corona" haben wir mit Claudia auch zwei öffentliche Online-Diskussionen durchgeführt, am 20. Januar und am 25. März 2021, die neben der Videokonferenz auch live auf Facebook gestreamt wurden. Vor allem die erste Konferenz mit mehr als 600 Teilnehmenden hat uns an die technischen Grenzen geführt, aber auch das riesige Interesse an Information und Austausch gezeigt. Die deshalb durchgeführte zweite Konferenz war mit fast 200 Teilnehmenden immer noch sehr gut besucht.

Spannend war in der Sitzung des Landesvorstandes am 11. Dezember 2020 das Gespräch mit der Parteivorsitzenden Saskia Esken. Sie war in die Videokonferenz des Landesvorstandes mit seinen ständigen Gästen zugeschaltet, zu einem Strauß von aktuellen Themen. In dieser Sitzung

hat Winfried Brumma für die AGS auch das Positionspapier "Neue Gesundheits- und Pflegepolitik vor dem Hintergrund von COVID-19" der AGS vorgestellt. In die anschließende Diskussion wurde auch der eigentlich für den Landesparteitag am 10. Oktober 2020 vorgesehene Antrag A 17 "Lehren aus Corona ziehen – notwendiger Kurswechsel in der Gesundheitspolitik" des Unterbezirks Bremen-Nord einbezogen. Es wurde verabredet, dass die AGS zu einer Online-Diskussionsrunde mit Expert:innen einladen wird, diese fand am 28. April 2021 unter dem Motto "Update für eine neue Gesundheitspolitik" statt. Im Zukunftsprogramm zur Bundestagswahl 2021 sind unsere Forderungen zur Gesundheitspolitik umfassend aufgenommen.

Auch die Sitzungen des Landesvorstandes im Januar, Februar und März 2021 konnten weiterhin nur als Videokonferenzen stattfinden. In der Landesvorstandssitzung am 15. Januar 2021 wurde der eigentlich für den Landesparteitag am 10. Oktober 2020 vorgesehene Antrag A 02 "Zukünftige Bremer SPD" des Unterbezirks Bremen-Stadt intensiv diskutiert und ein Katalog an Schritten zur Umsetzung beschlossen. Weiter nahm der Landesvorstand in dieser Sitzung das Arbeitsergebnis zum LPT-Antrag A 16 "Nein zur 'Triage" der AGen Selbst Aktiv, ASG und ASJ, der am 1. November 2020 zur weiteren Beratung vom Landesvorstand an diese AGen und auch an die AG 60 plus überwiesen worden war, zur Kenntnis.

Leider konnte in diesem Jahr im Anschluss an die Januar-Vorstandssitzung Corona-bedingt nicht die inzwischen traditionelle Jahresauftaktveranstaltung der Landesorganisation durchgeführt werden.

In seiner Sitzung am 19. Februar 2021 hat der Landesvorstand seine Solidarität den Beschäftigten von Airbus ausgedrückt, die von Arbeitsplatzabbau durch Umstrukturierungen und einem drohenden Verlust der Flügelproduktion bedroht sind. Der Landesvorstand der SPD Bremen hält den Verbleib der Flügelproduktion als Kernkompetenz des Flugzeugbaus in Bremen für zentral für den Standorterhalt und für die Standortentwicklung. Die aktuelle Auseinandersetzung am Airbus-Standort Bremen erinnert sehr an den Kampf um die Zukunft des Bremer Stahlwerks in den 90er-Jahren. Damals wie heute braucht es

eine entschiedene Interessenvertretung und einen Schulterschluss mit der Politik für den Standort und seine Perspektiven. Ebenso hat der Landesvorstand seine Solidarität den Beschäftigten der von der Schließung bedrohten Bremerhavener Lloyd Werft ausgedrückt. Die Corona-Krise hat dramatische Auswirkungen auf die deutschen Werften und die gesamte Zuliefererindustrie. Wir können nicht zulassen, dass die hoch qualifizierten Beschäftigten der deutschen Schiffbauindustrie verloren gehen und Traditionsunternehmen wie die Lloyd Werft schließen.

Weiter hat der Landesvorstand in dieser Sitzung seinen Vorschlag für die Besetzung der Landesliste

zur Bundestagswahl 2021 vorgelegt und auch beschlossen, die Aufstellungskonferenzen der zur Bundestagswahl 2021 Kandidierenden in einem neuen Format – entsprechend der vom Bundesminister für Inneres erlassenen und vom Bundestag genehmigten Notverordnung – als digitale Konferenz mit anschließender Urnenwahl durchzuführen. Der Landesvorstand hat in dieser Sitzung auch beschlossen, dass die Amtszeit des auf dem im Juni 2021 stattfindenden Landesparteitag zu wählenden Landesvorstandes nur ein Jahr betragen soll, um anschließend wieder in den "normalen" Rhythmus der Organisationswahlen der SPD im Land Bremen einmünden zu können. Und letztlich hat der Landesvorstand in dieser Sitzung beschlossen,





Mit dem ersten Doppelhaushalt der rot-grün-roten Koalition ist es 2020 und 2021 gelungen, klare sozialdemokratische Schwerpunkte zu setzen und damit das Leben der Menschen in Bremen und Bremerhaven besser zu machen. Damit war eine gute Basis für die Flyer-Kampagne zum verabschiedeten Haushalt 2020/2021 geschaffen: Im Frühherbst 2020 wurden in der Stadt Bremen 40.000 und in Bremerhaven 10.000 Flyer verteilt. den **Arbeitskreis Rekommunalisierung** insbesondere zu den Themen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung unter Leitung von Gisela Schwellach, Arno Gottschalk und Wolfgang Grotheer zu reaktivieren.

Auf der Sitzung des Landesvorstandes am 19. März 2021 hat uns Staatsrat Thomas Ehmke, Chef der Senatskanzlei, zur Haushaltsaufstellung für die Jahre 2022 und 2023 informiert.

Die Haushaltsberatungen für die Jahre 2022 und 2023 werden unter massiv erschwerten Bedingungen geführt. Die Corona-Pandemie hat nicht nur zu einer massiven Steigerung der öffentlichen Ausgaben geführt, weil es richtig ist, dass alle notwendigen Vorkehrungen für den Gesundheitsschutz getroffen werden müssen und wir der Krise nicht hinterhersparen dürfen. Sie hat in Bremen und Bremerhaven aber auch zu einem drastischen Rückgang der öffentlichen Einnahmen von jährlich über 300 Millionen geführt. Klar ist: Das Herunterfahren des wirtschaftlichen Lebens war notwendig, um ein exponentielles Wachstum der Infektionsraten zu brechen. Die damit verbundenen Maßnahmen haben aber schwerwiegende, zum Teil existenzielle Folgen für die Bevölkerung und die Wirtschaft. Tatsächlich ist kein anderes Bundesland wirtschaftlich so stark von der Corona-Pandemie betroffen wie Bremen.

Trotz dieser Schwierigkeiten ist es dem rot-grünroten Senat mit unserem Bürgermeister Andreas Bovenschulte an der Spitze gelungen, mit seinem Haushaltsentwurf unsere gesetzten Schwerpunkte fortzusetzen, die Aufstockungen beim Personal (insgesamt wurden über 1.000 neue Stellen geschaffen) und bei den Investitionen zu verstetigen und da, wo es besonders nötig ist, noch eine Schippe draufzulegen. Denn gerade jetzt brauchen wir Investitionen in die Zukunft und keine Sparprogramme. Gerade jetzt ist ein handlungsfähiger Staat wichtiger denn je, um den Auswirkungen der Corona-Krise auf allen Ebenen zu begegnen.

In der **Vorstandssitzung im April** haben wir die Diskussion mit unserem Bürgermeister Andreas Bovenschulte, Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen, nochmals vertieft und den Beschluss "WIRTSCHAFTLICH STARK, SOZIAL GERECHT UND ÖKOLOGISCH NACHHALTIG – Mit dem Haus-

halt 2022/2023 sozialdemokratische Schwerpunkte sichern" gefasst.

Wir erwarten von der SPD-Fraktion, dass in den laufenden Haushaltsberatungen die sozialdemokratischen Schwerpunkte berücksichtigt und weiter konkretisiert werden.

Wir erwarten vom Senat, dass die mit dem Haushalt gewährten finanziellen Möglichkeiten in konkrete Politik vor Ort umgesetzt werden und bei den Menschen ankommen.

Alle Landesvorstandssitzungen fanden mit **Beteiligung der ständigen Gäste** – den Vorsitzenden der Unterbezirke, Arbeitsgemeinschaften/Foren und der SPD-Bürgerschaftsfraktion sowie den Mitgliedern des Senats und der Vize-Präsidentin der Bürgerschaft – statt, lediglich die Beratungen zu den Parteifinanzen und zum Personal finden im internen Kreis statt.

Arbeitsgemeinschaften/Foren, Arbeitskreise und Beauftragte

In diesem Jahrbuch sind allein aufgrund des verkürzten Berichtszeitraums keine Berichte der Arbeitsgemeinschaften/Foren, Arbeitskreise und Beauftragten aufgenommen. Sie haben ihre Arbeit aber selbstverständlich nicht eingestellt, sondern unter den durch die Corona-Pandemie erschwerten Rahmenbedingungen fortgeführt und entwickelt. Auch sie haben die Möglichkeiten, mit Videokonferenzen zu arbeiten, vielfältig genutzt. Sie haben damit einen wichtigen Beitrag für die Lebendigkeit der Partei in dieser Zeit geleistet. Dafür bin ich, ist der Landesvorstand ihnen sehr dankbar. Dennoch fehlt uns allen der persönliche Austausch, die unmittelbare Diskussion, der lebendige Streit um die richtige Positionierung – das macht Politik aus. Am 2. Dezember 2020 hatte ich die Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften und Foren zu einem der regelmäßigen Abstimmungsgespräche zwischen Landesvorstand und Arbeitsgemeinschaften eingeladen, wir waren uns einig, die bestehende gute und konstruktive Zusammenarbeit auch in Zukunft fortzuführen. Wir haben verabredet, bis zu den nächsten ordentlichen Organisationswahlen eine einheitliche Richtlinie für die Arbeit der Arbeitsgemeinschaften auf der Landesebene zu entwickeln.

Solch ein Arbeitsbericht kann niemals vollständig sein. Viele kleine Aktivitäten des Alltagsgeschäfts, Gespräche und Initiativen, die für unsere Vernetzung und Verwurzelung in der Gesellschaft von großer Bedeutung sind, müssen unerwähnt bleiben. Und natürlich bildet der Bericht des Landesvorstandes der SPD nur einen kleinen Teil aller sozialdemokratischen Aktivitäten in unserem Bundesland, seinen beiden Städten und ihren Quartieren ab.

Aufstellung der zur Bundestagswahl 2021 Kandidierenden

Am 11./12. März 2021 fanden die **Delegiertenkonferenzen zur Aufstellung unserer Kandidierenden zur Bundestagswahl 2021** für die Wahlkreise 54 (Bremen I) und 55 (Bremen II – Bremerhaven) sowie für die Aufstellung der Landesliste in neuen, digitalen Formaten mit anschließender Urnenwahl statt. Dabei sind wir mit einem positiven Signal in das Wahljahr 2021 gestartet. Unsere amtierenden Bundestagsabgeordneten **Sarah Ryglewski** und **Uwe Schmidt** wurden bei einer sehr hohen Wahlbeteiligung mit starken Ergebnissen erneut zu Direktkandidierenden zur Bundestagswahl gewählt: **Sarah Ryglewski** wurde mit 87 Prozent Zu-

stimmung erneut zur Direktkandidatin zur Bundestagswahl im WK 54 (Bremen I) gewählt, **Uwe Schmidt** wurde mit 86 Prozent Zustimmung erneut zum Direktkandidaten zur Bundestagswahl im WK 55 (Bremen II – Bremerhaven) gewählt.

Auch unsere Landesliste zur Bundestagswahl 2021 wurde gewählt. Wir freuen uns, mit diesem starken Team in den Wahlkampf zur Bundestagswahl starten zu können:

- Platz 1: Sarah Ryglewski
- Platz 2: Uwe Schmidt
- Platz 3: Selin Ece Arpaz
- Platz 4: Derik Eicke
- Platz 5: Lizza Besecke
- Platz 6: **Dominique Ofcarek**

Die SPD im Land Bremen ist somit auch personell gut aufgestellt für den Bundestagswahlkampf. Dabei ist das Ziel klar: Beide Wahlkreise gewinnen!

Abschied

Nachdem Claudia Bogedan angekündigt hatte, ihr Amt der Senatorin für Kinder und Bildung der



Gemeinsam bestritten sie im Jahr 2021 sehr erfolgreich zwei öffentliche Online-Diskussionsrunden zum Thema "Kita und Schule in Zeiten von Corona": Senatorin Claudia Bogedan (SPD) und unsere Landesvorsitzende Sascha Karolin Aulepp. Nun stehen beide vor neuen Aufgaben.



Unsere zur Bundestagswahl 2021 auf der Bremer Landesliste Kandidierenden; v. l. n. r., oben: Sarah Ryglewski (Listenplatz 1, Wahlkreiskandidatin WK 54, Bremen I), Uwe Schmidt (Listenplatz 2, Wahlkreiskandidat WK 55, Bremen II – Bremerhaven), Selin Ece Arpaz (Listenplatz 3); unten: Derik Eicke (Listenplatz 4), Lizza Besecke (Listenplatz 5), Dominique Ofcarek (Listenplatz 6).

Freien Hansestadt Bremen im Sommer zum Ende des Kita- und Schuljahres 2020/2021 niederzulegen, um die Geschäftsführung der Hans-Böckler-Stiftung zu übernehmen, hat Bürgermeister Andreas Bovenschulte, der Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen, dem Landesvorstand in seiner Sitzung am 23. April 2021 mich für die Nachfolge von Claudia für das Amt der Senatorin für Kinder und Bildung vorgeschlagen. Der Landesvorstand schlägt mich, was mich sehr freut, für die Nominierung für das Senatsamt durch den kommenden Landesparteitag einstimmig vor. Ich will mich mit ganzer Kraft dieser neuen für unser Bundesland, für Bremen und Bremerhaven so wichtigen Aufgabe widmen, deshalb habe ich erklärt, auf dem Landesparteitag am 12. Juni 2021 nicht wieder für den Landesvorsitz zu kandidieren. Dort wird der Landesvorstand neu gewählt. Seine Amtszeit wird nur rund ein Jahr sein, diese verkürzte Amtszeit ist der mehrfachen Verschiebung des Landesparteitages, letztlich um ein ganzes Jahr, geschuldet. Im Jahr 2022 werden so die Organisationswahlen auf allen Gliederungsebenen der Partei im Land Bremen wieder synchronisiert sein.

Gestattet mir zum Schluss ein paar persönliche Worte: Die Entscheidung, auf dem kommenden Landesparteitag nicht mehr als Eure Vorsitzende zu kandidieren, ist mir nicht leichtgefallen. Die fünf Jahre als Landesvorsitzende der SPD LAND BREMEN haben mir viel Spaß gemacht - zugegeben: nicht nur, aber weit überwiegend. Ich bin auf vieles stolz, was ich mit Euch gemeinsam erreichen und durchsetzen konnte. Das alles hätte ohne die gute Zusammenarbeit in der Partei, mit unseren Senatsmitgliedern, mit der Bürgerschaftsfraktion, mit den Mitarbeitenden im Parteibüro nicht so gut geklappt. Und vor allem habe ich gerne mit Euch diskutiert, uns und andere agitiert und überzeugt sowie gute Entscheidungen für die Menschen in Bremen und Bremerhaven getroffen und zu deren Umsetzung beigetragen. Es ist toll, einem so interessanten, solidarischen und auch streitbaren Haufen vorsitzen zu dürfen, der die richtigen Werte vertritt! Dafür und für Eure Unterstützung möchte ich mich ganz herzlich bedanken.

Für den Landesvorstand

Eure

Sascha Karolin Aulepp

Landesvorsitzende

bremerFORUM-AUSGABEN 2020













Alle Ausgaben des bremerFORUM sind auch auf der Homepage der Landesorganisation zu finden. Seit der Ausgabe 01-2020 gibt es den vorwärts mit allen Regionalausgaben auch als ePaper:

www.spd.de/vorwaerts-epaper

Die SPD-Landesorganisation Bremen ist auf den folgenden Social Media Kanälen zu finden.

y

twitter.com/SPDLandBremen



facebook.com/SPDLandBremen



instagram.com/spdlandbremen

VORSTAND DER SPD-LANDESORGANISATION BREMEN

gewählt auf dem Landesparteitag am 21. April 2018

Vorsitzende:

Sascha Karolin Aulepp, MdBB

Stellvertretende Vorsitzende:

Sarah Ryglewski, MdB, Parl. Staatssekretärin Uwe Parpart (bis 19. August 2019)

Schatzmeisterin:

Gisela Schwellach

Schriftführer:

Karl Bronke

Beisitzerinnen und Beisitzer:

Florian Boehlke

Derik Eicke

Arno Gottschalk, MdBB

Wolfgang Grotheer (bis 13. Dezember 2019)

Janne Herzog

David Ittekkot

Petra Krümpfer, MdBB

Fabian Marx

Brigitte Mollenhauer

Elena Reichwald

Ute Reimers-Bruns, MdBB

Uwe Schmidt, MdB

Designierte Mitglieder des Landesvorstandes

Mitarbeit im Landesvorstand ab 1. November 2020

Awiszus, Swen

Eberlein, Monika

Gatz, Holger

Kopelke, Jochen

Pfeiffer, Birgitt

Schmolinski, Oliver

Sebastiani, André

Steinke, Peter

Landesgeschäftsführer:

Roland Pahl

MdB = Mitglied des Deutschen Bundestags MdBB = Mitglied der Bremischen Bürgerschaft



DIE FINANZEN DER PARTEI



ORGANISATIONS- UND FINANZBERICHT 2020

Mitgliederentwicklung und Parteistruktur

Die Landesorganisation Bremen gliederte sich am Stichtag 31. Dezember 2020 weiterhin in die drei Unterbezirke Bremen-Stadt, Bremen-Nord und Bremerhaven sowie in 41 Ortsvereine – Unterbezirk Bremen-Stadt: 27 Ortsvereine; Unterbezirk Bremen-Nord: 7 Ortsvereine; Unterbezirk Bremerhaven: 7 Ortsvereine.

Im Rahmen der Organisationswahlen im Jahr 2020 fusionierten die Stadtbremer Ortsvereine Borgfeld und Horn-Lehesterdeich zum neuen Ortsverein Borgfeld-Lehesterdeich sowie die ebenfalls Stadtbremer Ortsvereine Hemelingen und Sebaldsbrück zum neuen Ortsverein Hemelingen/Sebaldsbrück. Am 31. Dezember 2019 hatten die 43 Ortsvereine im Land Bremen durchschnittlich 94 Mitglieder, am 31. Dezember 2020 verzeichneten die 41 Ortsvereine durchschnittlich 95 Mitglieder.

Die Zahl der SPD-Mitglieder im Land Bremen hat sich im Berichtszeitraum von 4.029 am 31. Dezember 2019 im Jahresverlauf 2020 auf 3.900 Genossinnen und Genossen zum 31. Dezember 2020 entwickelt. Damit ist die Zahl der Mitglieder im Jahr 2020 um 129 – minus 3,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr – gesunken.

Die Zahl der Eintritte betrug in 2020 103 (2019: 153), die Zahl der Austritte 171 (2019: 256) und 82 Genossinnen und Genossen sind im Jahr 2020 (2019: 72) verstorben.

Der Anteil der Frauen an der Mitgliedschaft der SPD LAND BREMEN ist mit 34,77 Prozent (31.12.2020) gegenüber dem Vorjahr (31.12.2019: 34,48 Prozent) marginal gestiegen.

Das Durchschnittsalter der Mitgliedschaft lag am 31. Dezember 2020 bei 61 und blieb somit gegen- über 2019 unverändert. In den Unterbezirken gibt es jedoch schon deutliche Unterschiede: Während das Durchschnittsalter im Unterbezirk Bremen-Stadt am 31. Dezember 2020 60 Jahre betrug, lag es im Unterbezirk Bremerhaven bei 63 Jahren und im Unterbezirk Bremen-Nord sogar bei 64 Jahren und damit doch klar jenseits der 60. Die durchschnittliche Dauer der Mitgliedschaft lag landesweit zum Stichtag 31. Dezember 2020 gegenüber 2019 unverändert bei 26 Jahren (Unterbezirk Bremen-Stadt: 26 Jahre, Unterbezirke Bremerhaven 27 Jahre und Unterbezirk Bremen-Nord: 28 Jahre).

Die Mitgliederzahlen der Unterbezirke betrugen am 31. Dezember 2020: Unterbezirk Bremen-Stadt: 2.718 (2019: 2.797), Unterbezirk Bremerhaven: 702 (2019: 730), Unterbezirk Bremen-Nord: 480 (2019: 502). Die durchschnittliche Mitglieder-



Violenstr. 43, 2. Etage so lautet die Anschrift des Landesbüros und der Geschäftsstelle des Unterbezirks Bremen-Stadt seit Mitte September 2020. Gut sichtbar mitten in der Stadt am Schüsselkorb/Domshof mit kurzem Weg zur Bürgerschaft und zum Rathaus. Mit einer effizienten Raumnutzung wurde erreicht, mit einer deutlich geringeren Bürofläche gegenüber dem Büro in der Obernstraße auszukommen. Unser Ziel war, ein Büro zu schaffen, in dem sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wohlfühlen und gerne arbeiten. Funktionalität und Ergonomie waren die Leitschnur, kein Modedesign, aber doch chic und modern soll es sein.

zahl je Ortsverein lag am 31. Dezember 2020 im Unterbezirk Bremen-Stadt mit 27 Ortsvereinen bei 101 (kleinster Ortsverein ist Seehausen-Hasenbüren mit 12 Mitgliedern, größter Ortsverein ist Peterswerder/Steintor mit 248 Mitgliedern), im Unterbezirk Bremerhaven mit 7 Ortsvereinen bei 100 Mitgliedern (kleinster Ortsverein ist Schiffdorfer Damm – Surheide mit 63 Mitgliedern, größter Ortsverein ist Geestemünde mit 142 Mitgliedern) und im Unterbezirk Bremen-Nord mit 7 Ortsvereinen bei 69 Mitgliedern (kleinster Ortsverein ist hier Burgdamm mit 34 Mitgliedern, größter Ortsverein ist Burglesum mit 131 Mitgliedern). In den Unterbezirken betrug der Frauenanteil am

31. Dezember 2020: Bremen-Stadt: 35,21 Prozent; Bremerhaven: 33,05 Prozent, Bremen-Nord: 34,79 Prozent.

Die Entwicklung der Mitgliederzahlen – in 2020 waren zum Beispiel nur zwei Drittel an Eintritten gegenüber 2019 zu verzeichnen, während die Zahl der Austritte in 2020 die der Eintritte um mehr als ein Drittel übertraf und auch die Zahl der Verstorben sich gegenüber 2019 erhöht hat – bereitet erhebliche Sorge. Die SPD schöpft wie keine andere Partei ihre Kampfkraft aus ihren aktiven Mitglie-

dern. Als Kampagnenbotschaf-ter:innen haben sie in jedem Wahlkampf eine zentrale Rolle. Und die Mitgliedsbeiträge sind weiterhin eine zentrale Säule der Finanzierung der Arbeit und ihrer politischen Aktivitäten.

Statistiken zur Mitgliederentwicklung liegen diesem Bericht an.

Neue Arbeitsformen nicht nur in der Pandemie

Den hauptamtlichen Mitarbeiter:innen der Partei im Land Bremen gilt es, für ihre Leistung und ihr Engagement im diesem besonderem Jahr unsere große Anerkennung und unseren Dank auszusprechen.

Mit Beginn des Jahres 2020 wurden alle hauptamtlichen Mitarbeiter:innen im Land Bremen mit neuen Laptops ausgestattet, die das mobile Arbeiten im VPN/iVPN der Partei ermöglichen. Damit sollten eigentlich nur – wenn auch wichtige – Voraussetzungen geschaffen werden, die neue Arbeitsformen des Mobile Workings und der Kollaboration erfordern. Nicht ahnend, dass diese Maßnahme der Organisationsentwicklung letztlich auch den Grundstein für ein fast geräuschloses Funktionieren der Parteibüros im Pandemie-Jahr 2020 legte. Der Stamm der Mitarbeitenden ist im Jahr 2020 unverändert geblieben, lediglich im Bremerhavener Parteibüro hat zum 1. Februar 2020 Jan Peter Greve den Stab von Christian Reich übernommen, der im November 2019 ausgeschieden war, weil er für sich eine interessante neue Berufsperspektive gefunden hatte.



Roland Pahl, Landesgeschäftsführer

Im Mai 2020 hat der Landesvorstand beschlossen, mit dem Beitritt zur auf der Bundesebene geschaffenen SPD-Systemrente, den Beschäftigten ein Angebot zur beruflichen Altersvorsorge zu machen. Inzwischen ist dieses Angebot noch um die Option einer Berufsunfähigkeitsrente ergänzt.

Neuer Standort des Landesbüros

Am Standort des Parteibüros in der Obernstraße gab es schon seit längerem immer wieder, aus sehr unterschiedlichen Gründen, Kritik. Die Anforderungen und gewünschten Funktionalitäten der einzelnen Nutzer:innen an das gemeinsame Büro waren sehr unterschiedlich und an diesem konkreten Standort nie richtig unter einen Hut zu bringen. Für die Landesorganisation als Hauptmieter war der Standort mittlerweile einfach zu groß geworden, da sich ihr Flächenbedarf im Laufe der Jahre deutlich reduziert hat: die Gemeinschaft der Bürgerschaftsabgeordneten Bremen-Stadt fiel nach ihrer Auflösung als Untermieter weg, die Zahl der hauptamtlichen Mitarbeiter*innen der

Partei ist gesunken und es wird weniger Platz für Bürotechnik und Büromaschinen benötigt. Aus Sicht der Landesorganisation war für die Suche nach einem neuen Bürostandort neben einer besseren Sichtbarkeit maßgebend, dass mit einer Verringerung der Größe des Büros eine merkliche Kostenreduzierung erzielt wird. Der Unterbezirk Bremen-Stadt hatte sich für ein Konzept von regionalen Parteibüros in räumlicher Kooperation mit den Abgeordneten aller Parlamentsebenen ausgesprochen. So kam das Interesse zur Aufgabe des Standorts Obernstraße aus sehr unterschiedlichen Motiven zusammen.

Für das neue Parteibüro möglichst im Zentrum der Stadt wurden eine ganze Reihe von möglichen Standorten und auch eine gemeinsame Lösung am Standort der SPD-Bürgerschaftsfraktion in der Wachtstraße sehr ernsthaft geprüft. Nach ausführlicher Analyse und Bewertung der unterschiedlichen Angebote erfüllte die Büroetage (2. OG) in der Violenstraße 43 die Vorgaben und Ziele, die von einem neuen Standort für das Parteibüro erwartet wurden, am stärksten: Kosteneinsparung, Zentralität, Funktionalität, Einrichtung von modernen Arbeitsplätzen für die Mitarbeiter:innen, Sichtbarkeit von der Straße, ÖPNV-Erreichbarkeit, barrierefreier Zugang, Fortbestand der Integration der Geschäftsstelle des Unterbezirks Bremen-Stadt, Büroraum für die Jusos. Nachteil: Die Kosten für die nicht unerheblichen notwendigen Renovierungsarbeiten mussten wir als neuer Mieter zu einem großen Teil tragen. Über die Laufzeit des Mietvertrages wird dennoch eine erhebliche Einsparung erzielt!

Auf Sitzungsräume wurde bewusst verzichtet. Und für den Bürgerschaftswahlkampf 2023 ist ohnehin geplant, zusätzliche Fläche an einem anderen Ort für einen temporären Wahlkampfstandort (Pop-up) anzumieten, z. B. für Teamarbeit, Einbindung von Freiwilligen/ehrenamtliche Parteiarbeit, An- und Auslieferung.

Die Abgeordnetenbüros unserer beiden Bundestagsabgeordneten und des Europaabgeordneten sind nun dezentral an Standorten im Gebiet des Unterbezirks Bremen-Stadt angesiedelt, wobei die Realisierung des Standorts im Bremer Westen noch aussteht. Die Regionalbüros werden auch von den jeweils örtlichen Bürgerschaftsabgeordneten ge-

tragen und bespielt, dies gilt auch für das Bremerhavener und das Bremen-Norder Parteibüro, die selbstverständlich fortbestehen und in die auch jeweils ein Wahlkreisbüro des Bundestagsabgeordneten integriert ist.

Der Umzug des Parteibüros in die Violenstraße startete Anfang September 2020, das Landesbüro war noch gar nicht richtig angekommen und der Unterbezirk Bremen-Stadt gerade erst im Begriff von der Obernstraße in die Violenstraße zu wechseln, da wurde in der Nacht zum 24. September leider eingebrochen, alle Türen aufgebrochen, die Schränke durchwühlt und einige technische Geräte und auch eine kleine Menge Bargeld gestohlen. Es ist jetzt alles wieder repariert und ersetzt, und der Einbruchschutz ist auch im Sinne des bestmöglichen Schutzes unserer Mitarbeiter:innen verbessert worden. Die Versicherung hat den Schaden reguliert. Inzwischen sind wir gut im neuen Parteibüro angekommen und fühlen uns am neuen Standort wohl.

In den vergangenen Jahren wurde der gesamte Sach- und Verwaltungsbereich auf der Landesebene nach Einsparoptionen durchleuchtet, es wurden eine Reihe von einzelnen kleineren und größeren Maßnahmen umgesetzt, nun konnte dieser Prozess mit dem Umzug des Parteibüros erfolgreich abgeschlossen werden.

Finanzsituation

Zu einer ersten Präsenzsitzung nach den Monaten der Kontakteinschränkungen zur Eindämmung der Verbreitung des Corona-Virus kam der Landesvorstand im Kreis seiner stimmberechtigten Mitglieder im Jahr 2020 am 10. Juli zusammen. Auf dieser Sitzung konnte er dann auch formal den Wirtschaftsplan für das Jahr 2020 und auch bereits den Quartalsabschluss II/2020 beschließen. Die zukünftig reduzierten Sachkosten für das Parteibüro am neuen Standort machten es möglich, dass in der MifriFi (mittelfristige Finanzplanung) vorgesehene Budget für den Bürgerschaftswahlkampf 2020 zu erhöhen.

Die Landesorganisation schließt das Jahr 2020 zum Stichtag 31. Dezember 2020 mit einem Überschuss (Einnahmen – Ausgaben) von 240.214,17 Euro ab, das Reinvermögen der Landesorganisation beträgt ebenfalls zum Stichtag 31. Dezember 2020 235.190,38 Euro (Stand: 8. April 2021). Damit konnten die erforderlichen Rücklagen für die nächsten Wahlkämpfe – Bundestagswahl 2021, Bürgerschaftswahl 2023 und Europawahl 2024 – planmäßig gebildet werden.

Der Jahresabschluss 2019 sowie der vorläufige Jahresabschluss 2020 mit Stand vom 8. April 2021 sind im Anhang zu diesem Bericht dokumentiert.

Der vorläufige Jahresabschluss 2020 fällt um rund 50.000 Euro besser aus als im Wirtschaftsplan vorgesehen, dies ist alleinig der veränderten Politi-

schen Arbeit in der Corona-Pandemie zuzuschreiben: Videokonferenzen, dies war und ist das Format in der Pandemie, sind nach Anschaffung von Technik und Software nun einmal ohne große weitere Kosten zu realisieren. Die höheren Kosten für die Renovierungsarbeiten am neuen Bürostandort und die Erneuerung und Ergänzung der Büroausstattung konnten durch Mehreinnahmen vor allem aus Mitgliedsbeiträgen im laufenden Jahr 2020 gedeckt werden.

Im Land Bremen hatten die Unterbezirke und Ortsvereine zum Stichtag 31.12.2020 gemeinsam ein Reinvermögen von 354.969,63 Euro (31.12.2019: 315.601 Euro), die drei Unterbezirke gemeinsam: 155.093,25 Euro (UB HB-Stadt: 59.080,47 Euro, UB BHV: 81.034,69 Euro, UB HB-Nord: 14.978,09 Euro); die 41 Ortsvereine im Land Bremen gemeinsam: 199.876,38 Euro (die 27 OVs im UB HB-Stadt: 156.736,72 Euro, die 7 OVs im UB BHV: 19.375,45 Euro und die 7 OVs im UB HB-Nord: 23.764,21 Euro). Im Corona-Jahr 2020 ist das Vermögen der Unterbezirke und Ortsvereine um 39.368,17 Euro angewachsen.

Die Landesorganisation Bremen ist mit Beginn des Jahres 2020 als Pilot-Verband dem SPD-Cash-Pool beim Parteivorstand beigetreten, damit leisten wir einen Beitrag zu einer optimierten Finanzierung der Gesamtpartei. Die Abwicklung des Cash-Pools funktioniert reibungslos, inzwischen sind weitere Bezirke und Landesverbände integriert.

Wir sind der Landesbezirk, der bereits am umfassendsten den Weg der Zentralisierung und damit den Weg der Vereinheitlichung von Standards in der Gesamtpartei, durch Verlagerung von Verwaltungsaufgaben auf das SPD-ServiceCenter und den SPD-eigenen Dienstleister Office Consult, gegangen ist. Damit konnten wir uns im Jahr 2020 erneut eine Zuwendung aus dem Strukturfonds der Länder in Höhe von 46.000 Euro sichern. Hauptmotiv für diese Strategie ist jedoch, die hauptamtlichen Mitarbeiter:innen möglichst weitgehend von Verwaltungsaufgaben zu entlasten, um mehr Kapazitäten für die Unterstützung der Ehrenamtlichen bei ihrer politischen Arbeit zu schaffen. Dieser Ansatz ist im Grundsatz zwischen den Ländern/Bezirken und dem Parteivorstand vereinbart.



Gisela Schwellach, Landesschatzmeisterin

Ausblick

Die Landesorganisation Bremen ist finanziell für die kommenden Jahre einschließlich der Finanzierung eines professionellen Bürgerschaftswahlkampfes 2023 gut aufgestellt. Für die weitere Zukunftsperspektive ab 2024 ist der Ausgang der Bürgerschaftswahl von zentraler Bedeutung, da die Säule "Mitgliederbeiträge", trotz einer Kassierungsquote von 100 Prozent und dem höchsten Durchschnittsmitgliedsbeitrag bundesweit, bei einer weiteren negativen Mitgliederentwicklung an Tragkraft verliert und folglich die "Sonderbeiträge der Mandatsträger:innen" sowie die "Staatlichen Mittel" als Elemente der Finanzierung der Partei an Relevanz gewinnen, diese sind aber immer eng mit den Ergebnissen bei den Wahlen verknüpft. In der Perspektive werden sicher auch tiefergehende Organisations- und Strukturanpassungen erforderlich sein.

Gisela Schwellach Roland Pahl
Landesschatzmeisterin Landesgeschäftsführer

Rechenschaftsbericht für das Jahr 2019

Einnahmen- und Ausgaben-Rechnung 2019

Einnahmen		Ausgaben	
Mitgliedsbeiträge	456.209,36€	Personalkosten	360.857,25€
Sonderbeiträge	212.451,25€	Verwaltungskosten	143.935,07€
Sonderbeiträge, dlfd. für Unterbezirke	26.205,00€	Politische Arbeit	132.129,95€
Spenden von nat. Personen	2.357,72€	Wahlkampf/Europawahl (2019)	35.266,85€
Spenden von nat. Personen/Wahlkampf	32.960,00€	Wahlkampf/Bürgerschaftswahlwahl (2019)	515.357,68€
Spenden von jur. Personen/Wahlkampf	10.500,00€	Personalkosten Wahlkampf/Campaigning	69.199,37€
Staatliche Mittel	161.243,14€		
Strukturfonds	45.000,00€		
Einnahmen aus sonstigem Vermögen	2,43 €	Vermögensverwaltung	- €
Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften, Veröffentlichungen, Vermietungen und sonstiger		Zinsen	3,22€
mit Einnahmen verbundener Tätigkeit	19.481,73 €		
Zuschüsse von Gliederungen	24.145,10 €	Zuschüsse an Gliederungen	1.200,00€
Zuschüsse von Gliederungen/Wahlkampf	106.000,00€	Zuschüsse an Gliederungen/Wahlkämpfe	25.000,00€
		Zuschüsse an Gliederungen/dlfd. Sonderbeiträge	26.205,00€
Sonstige Einnahmen	1.523,14€	Sonstige Ausgaben	- €
Gesamteinnahmen 2019	1.098.078,87 €	Cocamtausgahan 2010	1.309.154,39 €
Gesamteinnahmen 2019	1.098.078,87€	Gesamtausgaben 2019	1.309.154,39€

Vermögensübersicht 2019

Geschäftsstellenausstattung	- €	Rückstellungen	-	1.177,11€
Geldbestände	29.690,11€	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		- €
Gerabestande	29.090,11 €	Verbilialienen gegenaber in euralistitaten		- 6
		Rückzahlungsverpflichtungen aus der staatlichen Teilfinanzierung	-	1.713,40 €
Forderungen an Gliederungen	4.976,58€	Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen	-	7.077,51€
Forderungen aus staatlicher Teilfinanzierung	- €	Verbindlichkeiten	-	29.853,09€
Sonstige Vermögensbestände	- €			
Besitzposten am 31.12.2019	34.666,69 €	Schuldposten am 31.12.2019	-	39.821,11€
		Reinvermögen am 31.12.2019	_	5.154,42 €

Stand: nach Wirtschaftsprüfung

Vorläufiger Rechenschaftsbericht für das Jahr 2020

Einnahmen- und Ausgaben-Rechnung 2020

Einnahmen		Ausgaben	
Mitgliedsbeiträge	456.851,81 €	Personalkosten	388.403,00€
Sonderbeiträge	193.487,50 €	Verwaltungskosten	198.928,11 €
Sonderbeiträge, dlfd. für Unterbezirke	24.022,50 €	Politische Arbeit	68.338,76€
Spenden von nat. Personen	2.236,64€	Wahlkampf/Europawahl (2019)	148,08 €
Spenden von nat. Personen/Wahlkampf	- €	Wahlkampf/Bürgerschaftswahlwahl (2019)	- €
Spenden von jur. Personen/Wahlkampf	- €	Personalkosten Wahlkampf/Campaigning	- €
Staatliche Mittel	155.147,62 €		
Strukturfonds	46.000,00€		
Einnahmen aus sonstigem Vermögen	- €	Vermögensverwaltung	- €
Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften, Veröffentlichungen, Vermietungen und sonstiger		Zinsen	- €
mit Einnahmen verbundener Tätigkeit	14.908,94€		
Zuschüsse von Gliederungen	18.912,02€	Zuschüsse an Gliederungen	- €
Zuschüsse von Gliederungen/Wahlkampf	- €	Zuschüsse an Gliederungen/Wahlkämpfe	- €
		Zuschüsse an Gliederungen/dlfd. Sonderbeiträge	24.022,50 €
Sonstige Einnahmen	8.517,59 €	Sonstige Ausgaben	30,00€
Gesamteinnahmen 2020	920.084,62 €	Gesamtausgaben 2020	679.870,45 €

Vermögensübersicht 2020

Geschäftsstellenausstattung	42.596,56€	Rückstellungen	-	7.408,80 €
Geldbestände/Forderung an Cash-Pool PV	216.824,76 €	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		- €
Barkasse	168,86 €	Rückzahlungsverpflichtungen aus der		- €
	4 070 50 5	staatlichen Teilfinanzierung		
Forderungen an Gliederungen	1.070,58 €	Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen	-	2.123,91 €
Forderungen aus staatlicher Teilfinanzierung	- €	Verbindlichkeiten	-	22.427,73€
Sonstige Vermögensbestände	6.490,06 €			
Besitzposten am 31.12.2020	267.150,82€	Schuldposten am 31.12.2020	-	31.960,44 €
		Reinvermögen am 31.12.2020		235.190,38 €

Stand: 8. April 2021

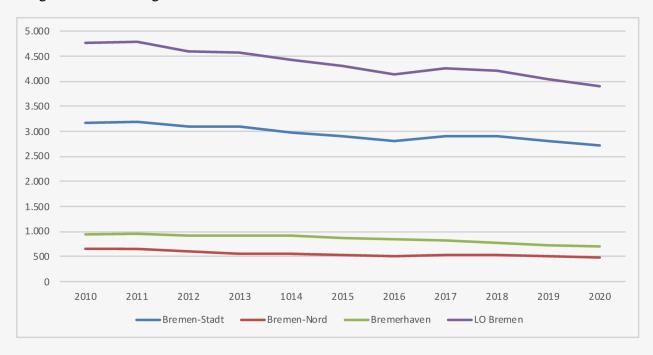


STATISTIKEN ZUR MITGLIEDERENTWICKLUNG

Mitgliederentwicklung 2010 – 2020 (jeweis zum 31.12.)

Jahr	Bremen-Stadt	Bremen-Nord	Bremerhaven	LO Bremen	Deutschland
2010	3.162	655	945	4.763	502.062
2011	3.189	644	954	4.787	489.638
2012	3.099	594	912	4.605	477.037
2013	3.104	556	917	4.577	473.662
1014	2.985	546	906	4.437	459.902
2015	2.912	528	868	4.308	442.814
2016	2.796	510	834	4.140	433.639
2017	2.910	522	816	4.248	443.152
2018	2.912	531	776	4.219	437.754
2019	2.797	502	730	4.029	419.339
2020	2.718	480	702	3.900	404.305

Mitgliederentwicklung im Land Bremen



Mitgliederentwicklung jährlich Zeitraum: 2010 bis 2020 (jeweils zum 31.12.)

Landesorganisation Bremen

Jahr	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2010	4.763	3.141	65,95	1.622	34,05
2011	4.787	3.162	66,05	1.625	33,95
2012	4.605	3.034	65,88	1.571	34,12
2013	4.577	3.032	66,24	1.545	33,76
2014	4.437	2.927	65,97	1.510	34,03
2015	4.308	2.847	66,09	1.461	33,91
2016	4.140	2.728	65,89	1.412	34,11
2017	4.248	2.793	65,75	1.455	34,25
2018	4.219	2.782	65,94	1.437	34,06
2019	4.029	2.640	65,52	1.389	34,48
2020	3.900	2.544	65,23	1.356	34,77

Unterbezirk Bremen-Stadt

Jahr	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2010	3.162	2.062	65,21	1.100	34,79
2011	3.189	2.079	65,19	1.110	34,81
2012	3.099	2.014	64,99	1.085	35,01
2013	3.104	2.031	65,43	1.073	34,57
2014	2.985	1.949	65,29	1.036	34,71
2015	2.912	1.901	65,28	1.011	34,72
2016	2.796	1.820	65,09	976	34,91
2017	2.910	1.890	64,95	1.020	35,05
2018	2.912	1.903	65,35	1.009	34,65
2019	2.797	1.819	65,03	978	34,97
2020	2.718	1.761	64,79	957	35,21

Unterbezirk Bremerhaven

Jahr	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2010	945	636	67,30	309	32,70
2011	954	650	68,13	304	31,87
2012	912	623	68,31	289	31,69
2013	917	630	68,70	287	31,30
2014	906	611	67,44	295	32,56
2015	868	591	68,09	277	31,91
2016	834	564	67,63	270	32,37
2017	816	556	68,14	260	31,86
2018	776	528	68,04	248	31,96
2019	730	489	66,99	241	33,01
2020	702	470	66,95	232	33,05

Unterbezirk Bremen-Nord

Jahr	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2010	655	442	67,48	213	32,52
2011	644	433	67,24	211	32,76
2012	594	397	66,84	197	33,16
2013	556	371	66,73	185	33,27
2014	546	367	67,22	179	32,78
2015	528	355	67,23	173	32,77
2016	510	344	67,45	166	32,55
2017	522	347	66,48	175	33,52
2018	531	351	66,10	180	33,90
2019	502	332	66,14	170	33,86
2020	480	313	65,21	167	34,79

Mitgliederbestand nach Geschlecht; Stichtag: 31.12.2020

Gliederung	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
SPD-Landesorganisation Bremen	3.900	2.544	65,23	1.356	34,77
SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt	2.718	1.761	64,79	957	35,21
SPD-OV Bremen-Hastedt	66	38	57,58	28	42,42
SPD-OV Bremen-Osterholz	124	81	65,32	43	34,68
SPD-OV Bremen-Arbergen/Mahndorf	57	42	73,68	15	26,32
SPD-OV Bremen-Gartenstadt-Vahr	39	23	58,97	16	41,03
SPD-OV Bremen-Neue Vahr	97	62	63,92	35	36,08
SPD-OV Bremen-Schwachhausen-Nord	130	80	61,54	50	38,46
SPD-OV Bremen-Oberneuland	79	52	65,82	27	34,18
SPD-OV Bremen-Horn-Achterdiek	99	65	65,66	34	34,34
SPD-OV Bremen-Peterswerder/Steintor	248	152	61,29	96	38,71
SPD-OV Bremen-Walle	123	83	67,48	40	32,52
SPD-OV Bremen-Gröpelingen	87	58	66,67	29	33,33
SPD-OV Bremen-Oslebshausen	39	22	56,41	17	43,59
SPD-OV Bremen-Buntentor	130	92	70,77	38	29,23
SPD-OV Bremen-Huckelriede	38	22	57,89	16	42,11
SPD-OV Bremen-Habenhausen-Arsten	108	70	64,81	38	35,19
SPD-OV Bremen-Neustadt	134	91	67,91	43	32,09
SPD-OV Bremen-Strom	14	10	71,43	4	28,57
SPD-OV Bremen-Woltmershausen/Rablinghausen	56	34	60,71	22	39,29
SPD-OV Bremen-Seehausen	12	8	66,67	4	33,33
SPD-OV Bremen-Schwachhausen-West	129	79	61,24	50	38,76
SPD-OV Bremen-Schwachhausen-Süd/Ost	118	74	62,71	44	37,29
SPD-OV Bremen-Kattenturm-Kattenesch	63	50	79,37	13	20,63
SPD-OV Bremen-Findorff	186	123	66,13	63	33,87
SPD-OV Bremen-Altstadt-Mitte	192	126	65,63	66	34,38
SPD-OV Bremen-Huchting-Grolland	131	82	62,60	49	37,40
SPD-OV Bremen-Borgfeld-Lehesterdeich	130	85	65,38	45	34,62
SPD-OV Bremen-Hemelingen/Sebaldsbrück	89	57	64,04	32	35,96
SPD-Unterbezirk Bremerhaven	702	470	66,95	232	33,05
SPD-OV Bremerhaven-Lehe-Nord	121	80	66,12	41	33,88
SPD-OV Bremerhaven-Lehe	100	67	67,00	33	33,00
SPD-OV Bremerhaven-Mitte	105	70	66,67	35	33,33
SPD-OV Bremerhaven-Schiffdorfer Damm - Surheid		46	73,02	17	26,98
SPD-OV Bremerhaven-Wulsdorf/Fischereihafen	76	52	68,42	24	31,58
SPD-OV Bremerhaven-Leherheide	95	61	64,21	34	35,79
SPD-OV Bremerhaven-Geestemünde	142	94	66,20	48	33,80
SPD-Unterbezirk Bremen-Nord	480	313	65,21	167	34,79
SPD-OV Bremen-Burgdamm	34	20	58,82	14	41,18
SPD-OV Bremen-Schönebeck	52	27	51,92	25	48,08
SPD-OV Bremen-Blumenthal	56	33	58,93	23	41,07
SPD-OV Bremen-Rönnebeck	35	23	65,71	12	34,29
SPD-OV Bremen-Farge-Rekum	48	29	60,42	19	39,58
SPD-OV Bremen-Burglesum	131	94	71,76 70,16	37 37	28,24 29,84
SPD-OV Bremen-Aumund-Vegesack	124	87			

Mitgliederbestand Durchschnittsalter nach Geschlecht; Stichtag: 31.12.2020

Gliederung

SPD-Landesorganisation Bremen

SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt

SPD-OV Bremen-Hastedt

SPD-OV Bremen-Osterholz

SPD-OV Bremen-Arbergen/Mahndorf

SPD-OV Bremen-Gartenstadt-Vahr

SPD-OV Bremen-Neue Vahr

SPD-OV Bremen-Schwachhausen-Nord

SPD-OV Bremen-Oberneuland

SPD-OV Bremen-Horn-Achterdiek

SPD-OV Bremen-Peterswerder/Steintor

SPD-OV Bremen-Walle

SPD-OV Bremen-Gröpelingen

SPD-OV Bremen-Oslebshausen

SPD-OV Bremen-Buntentor

SPD-OV Bremen-Huckelriede

SPD-OV Bremen-Habenhausen-Arsten

SPD-OV Bremen-Neustadt

SPD-OV Bremen-Strom

SPD-OV Bremen-Woltmershausen/Rablinghausen

SPD-OV Bremen-Seehausen

SPD-OV Bremen-Schwachhausen-West

SPD-OV Bremen-Schwachhausen-Süd/Ost

SPD-OV Bremen-Kattenturm-Kattenesch

SPD-OV Bremen-Findorff

SPD-OV Bremen-Altstadt-Mitte

SPD-OV Bremen-Huchting-Grolland

SPD-OV Bremen-Borgfeld-Lehesterdeich

SPD-OV Bremen-Hemelingen/Sebaldsbrück

SPD-Unterbezirk Bremerhaven

SPD-OV Bremerhaven-Lehe-Nord

SPD-OV Bremerhaven-Lehe

SPD-OV Bremerhaven-Mitte

SPD-OV Bremerhaven-Schiffdorfer Damm - Surheide

SPD-OV Bremerhaven-Wulsdorf/Fischereihafen

SPD-OV Bremerhaven-Leherheide

SPD-OV Bremerhaven-Geestemünde

SPD-Unterbezirk Bremen-Nord

SPD-OV Bremen-Burgdamm

SPD-OV Bremen-Schönebeck

SPD-OV Bremen-Blumenthal

SPD-OV Bremen-Rönnebeck

SPD-OV Bremen-Farge-Rekum

SPD-OV Bremen-Burglesum

SPD-OV Bremen-Aumund-Vegesack

Gesamt

Mitglieder	Mitglieder	männlich	männlich	weiblich
gesamt	gesamt		Alter	
	Alter			
3.900	61	2.544	60	1.356
2.718	60	1.761	59	957
66	59	38	57	28
124	67	81	68	43
57	67	42	64	15
39	66	23	64	16
97	62	62	59	35
130	58	80	55	50
79	64	52	69	27
99	55	65	54	34
248	57	152	56	96
123	56	83	55	40
87	63	58	63	29
39	64	22	65	17
130	56	92	52	38
38	59	22	61	16
108	64	70	66	38
134	49	91	49	43
14	71	10	71	4
56	65	34	64	22
12	65	8	70	4
129	60	79	57	50
118	60	74	54	44
63	64	50	63	13
186	58	123	56	63
192	59	126	59	66
131	67	82	69	49
130	60	85	59	45
89	61	57	61	32
702	63	470	62	232
121	64	80	66	41
100	56	67	53	33
105	61	70	59	35
63 76	67 63	46	66	17 24
95	68	52 61	61	34
142	64	94	67 62	48
480	64	313	62	167
34	60	20	63	14
52	67	27	65	25
56	63	33	59	23
35	60	23	62	12
48	62	29	65	19
131	64	94	63	37
124	64	87	62	37
3.900	61	2.544	60	1.356
3.500				11330

Mitgliederbestand nach durchschnittlicher Dauer der Mitgliedschaft; Stichtag: 31.12.2020

ederung	Dauer gesamt	männlich	weiblich
SPD-Landesorganisation Bremen	26	27	25
SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt	26	26	25
SPD-OV Bremen-Hastedt	23	22	25
SPD-OV Bremen-Osterholz	33	35	29
SPD-OV Bremen-Arbergen/Mahndorf	33	34	31
SPD-OV Bremen-Gartenstadt-Vahr	31	28	35
SPD-OV Bremen-Neue Vahr	19	19	19
SPD-OV Bremen-Schwachhausen-Nord	25	23	28
SPD-OV Bremen-Oberneuland	34	36	30
SPD-OV Bremen-Horn-Achterdiek	23	24	21
SPD-OV Bremen-Peterswerder/Steintor	23	23	23
SPD-OV Bremen-Walle	21	21	21
SPD-OV Bremen-Gröpelingen	28	26	30
SPD-OV Bremen-Oslebshausen	23	24	23
SPD-OV Bremen-Buntentor	21	21	20
SPD-OV Bremen-Huckelriede	24	27	20
SPD-OV Bremen-Habenhausen-Arsten	31	35	26
SPD-OV Bremen-Neustadt	19	19	17
SPD-OV Bremen-Strom	31	33	27
SPD-OV Bremen-Woltmershausen/Rablinghausen	27	26	29
SPD-OV Bremen-Seehausen	37	41	28
SPD-OV Bremen-Schwachhausen-West	25	25	25
SPD-OV Bremen-Schwachhausen-Süd/Ost	25	23	29
SPD-OV Bremen-Kattenturm-Kattenesch	29	29	29
SPD-OV Bremen-Findorff	25	26	23
SPD-OV Bremen-Altstadt-Mitte	26	28	22
SPD-OV Bremen-Huchting-Grolland	33	35	29
SPD-OV Bremen-Borgfeld-Lehesterdeich	27	26	28
SPD-OV Bremen-Hemelingen/Sebaldsbrück	25	26	24
SPD-Unterbezirk Bremerhaven	27	27	27
SPD-OV Bremerhaven-Lehe-Nord	29	31	25
SPD-OV Bremerhaven-Lehe	21	20	23
SPD-OV Bremerhaven-Mitte	24	23	26
SPD-OV Bremerhaven-Schiffdorfer Damm - Surheide	34	36	29
SPD-OV Bremerhaven-Wulsdorf/Fischereihafen	26	26	27
SPD-OV Bremerhaven-Leherheide	32	32	31
SPD-OV Bremerhaven-Geestemünde	27	26	28
SPD-Unterbezirk Bremen-Nord	28	28	26
SPD-OV Bremen-Burgdamm	29	32	25
SPD-OV Bremen-Schönebeck	32	34	29
SPD-OV Bremen-Blumenthal	25	24	25
SPD-OV Bremen-Rönnebeck	20	22	16
SPD-OV Bremen-Farge-Rekum	24	25	23
SPD-OV Bremen-Burglesum	31	31	30
SPD-OV Bremen-Aumund-Vegesack	28	28	28

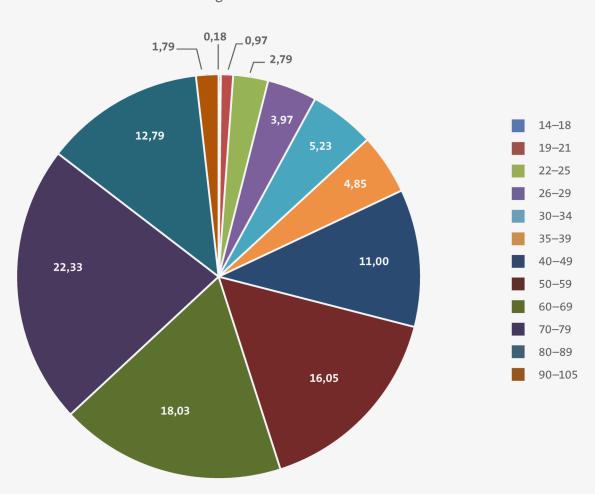
Mitgliederentwicklung (Jahr/Vorjahr); Stichtag: 31.12.2020

Gliederung	Mitglieder 2020	Mitglieder 2019	Differenz	Diff. in %
SPD-Landesorganisation Bremen	3.900	4.029	-129	-3,20
SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt	2.718	2.797	-79	-2,82
SPD-OV Bremen-Hastedt	66	73	-7	-9,59
SPD-OV Bremen-Osterholz	124	133	-9	-6,77
SPD-OV Bremen-Arbergen/Mahndorf	57	58	-1	-1,72
SPD-OV Bremen-Gartenstadt-Vahr	39	40	-1	-2,50
SPD-OV Bremen-Neue Vahr	97	105	-8	-7,62
SPD-OV Bremen-Schwachhausen-Nord	130	130	0	0,00
SPD-OV Bremen-Oberneuland	79	81	-2	-2,47
SPD-OV Bremen-Horn-Achterdiek	99	100	-1	-1,00
SPD-OV Bremen-Peterswerder/Steintor	248	250	-2	-0,80
SPD-OV Bremen-Walle	123	129	-6	-4,65
SPD-OV Bremen-Gröpelingen	87	91	-4	-4,40
SPD-OV Bremen-Oslebshausen	39	43	-4	-9,30
SPD-OV Bremen-Buntentor	130	131	-1	-0,76
SPD-OV Bremen-Huckelriede	38	39	-1	-2,56
SPD-OV Bremen-Habenhausen-Arsten	108	112	-4	-3,57
SPD-OV Bremen-Neustadt	134	133	1	0,75
SPD-OV Bremen-Strom	14	15	-1	-6,67
SPD-OV Bremen-Woltmershausen/Rablinghau	sen 56	58	-2	-3,45
SPD-OV Bremen-Seehausen	12	12	0	0,00
SPD-OV Bremen-Schwachhausen-West	129	136	-7	-5,15
SPD-OV Bremen-Schwachhausen-Süd/Ost	118	119	-1	-0,84
SPD-OV Bremen-Kattenturm-Kattenesch	63	63	0	0,00
SPD-OV Bremen-Findorff	186	192	-6	-3,13
SPD-OV Bremen-Altstadt-Mitte	192	196	-4	-2,04
SPD-OV Bremen-Huchting-Grolland	131	142	-11	-7,75
SPD-OV Bremen-Borgfeld-Lehesterdeich	130	0	130	0,00
SPD-OV Bremen-Hemelingen/Sebaldsbrück	89	0	89	0,00
SPD-Unterbezirk Bremerhaven	702	730	-28	-3,84
SPD-OV Bremerhaven-Lehe-Nord	121	127	-6	-4,72
SPD-OV Bremerhaven-Lehe	100	100	0	0,00
SPD-OV Bremerhaven-Mitte	105	110	-5	-4,55
SPD-OV Bremerhaven-Schiffdorfer Damm - Su		67	-4	-5,97
SPD-OV Bremerhaven-Wulsdorf/Fischereihafer		78	-2	-2,56
SPD-OV Bremerhaven-Leherheide	95	107	-12	-11,21
SPD-OV Bremerhaven-Geestemünde	142	141	1	0,71
SPD-Unterbezirk Bremen-Nord	480	502	-22	-4,38
SPD-OV Bremen-Burgdamm	34	35	-1	-2,86
SPD-OV Bremen-Schönebeck	52	49	3	6,12
SPD-OV Bremen-Blumenthal	56	68	-12	-17,65
SPD-OV Bremen-Rönnebeck	35	36	-1	-2,78
SPD-OV Bremen-Farge-Rekum	48	51	-3	-5,88
SPD-OV Bremen-Burglesum	131	133	-2	-1,50
SPD-OV Bremen-Aumund-Vegesack	124	130	-6 100	-4,62
Gesamt	3.900	4.029	-129	-3,20

Landesorganisation Bremen

Alter nach Geschlecht	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
14-18	7	0,18	4	0,16	3	0,22
19-21	38	0,97	31	1,22	7	0,52
22-25	109	2,79	79	3,11	30	2,21
26-29	155	3,97	116	4,56	39	2,88
30-34	204	5,23	143	5,62	61	4,50
35-39	189	4,85	125	4,91	64	4,72
40-49	429	11,00	294	11,56	135	9,96
50-59	626	16,05	398	15,64	228	16,81
60-69	703	18,03	429	16,86	274	20,21
70-79	871	22,33	563	22,13	308	22,71
80-89	499	12,79	321	12,62	178	13,13
90-105	70	1,79	41	1,61	29	2,14
Gesamt	3.900	100,00	2.544	100,00	1.356	100,00

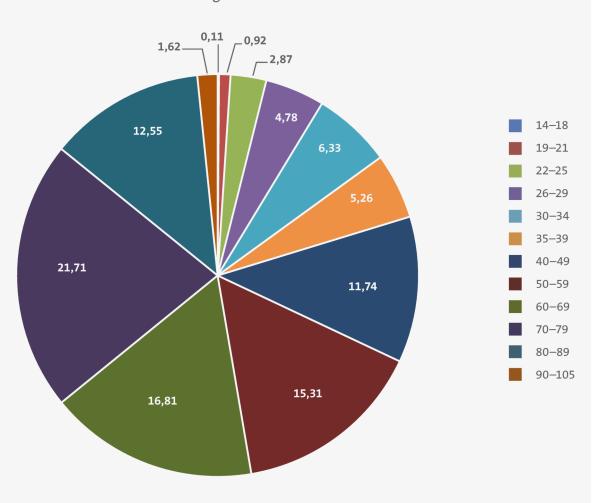
Mitglieder %



Unterbezirk Bremen-Stadt

Alter nach Geschlecht	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
14-18	3	0,11	1	0,06	2	0,21
19-21	25	0,92	19	1,08	6	0,63
22-25	78	2,87	54	3,07	24	2,51
26-29	130	4,78	100	5,68	30	3,13
30-34	172	6,33	120	6,81	52	5,43
35-39	143	5,26	97	5,51	46	4,81
40-49	319	11,74	212	12,04	107	11,18
50-59	416	15,31	257	14,59	159	16,61
60-69	457	16,81	276	15,67	181	18,91
70-79	590	21,71	380	21,58	210	21,94
80-89	341	12,55	219	12,44	122	12,75
90-105	44	1,62	26	1,48	18	1,88
Gesamt	2.718	100,00	1.761	100,00	957	100,00

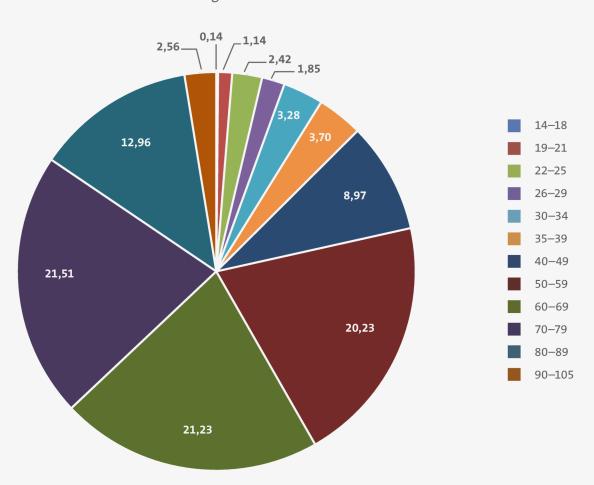
Mitglieder %



Unterbezirk Bremerhaven

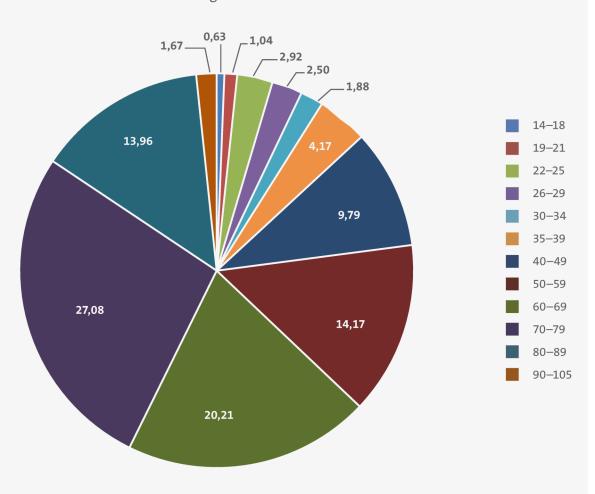
Alter nach Geschlecht	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
14-18	1	0,14	1	0,21	0	0,00
19-21	8	1,14	8	1,70	0	0,00
22-25	17	2,42	14	2,98	3	1,29
26-29	13	1,85	10	2,13	3	1,29
30-34	23	3,28	17	3,62	6	2,59
35-39	26	3,70	15	3,19	11	4,74
40-49	63	8,97	48	10,21	15	6,47
50-59	142	20,23	94	20,00	48	20,69
60-69	149	21,23	93	19,79	56	24,14
70-79	151	21,51	98	20,85	53	22,84
80-89	91	12,96	60	12,77	31	13,36
90-105	18	2,56	12	2,55	6	2,59
Gesamt	702	100,00	470	100,00	232	100,00

Mitglieder %



Alter nach Geschlecht	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
14-18	3	0,63	2	0,64	1	0,60
19-21	5	1,04	4	1,28	1	0,60
22-25	14	2,92	11	3,51	3	1,80
26-29	12	2,50	6	1,92	6	3,59
30-34	9	1,88	6	1,92	3	1,80
35-39	20	4,17	13	4,15	7	4,19
40-49	47	9,79	34	10,86	13	7,78
50-59	68	14,17	47	15,02	21	12,57
60-69	97	20,21	60	19,17	37	22,16
70-79	130	27,08	85	27,16	45	26,95
80-89	67	13,96	42	13,42	25	14,97
90-105	8	1,67	3	0,96	5	2,99
Gesamt	480	100,00	313	100,00	167	100,00

Mitglieder %



Entwicklung der Mitgliedereintritte jährlich; Zeitraum: 2010 bis 2020 (jeweils zum 31.12.)

Landesorganisation Bremen

Jahr	Eintritte	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2010	235	156	66,38	79	33,62
2011	231	158	68,40	73	31,60
2012	127	84	66,14	43	33,86
2013	238	168	70,59	70	29,41
2014	198	130	65,66	68	34,34
2015	130	89	68,46	41	31,54
2016	128	90	70,31	38	29,69
2017	337	219	64,99	118	35,01
2018	393	269	68,45	124	31,55
2019	153	106	69,28	47	30,72
2020	103	68	66,02	35	33,98

Unterbezirk Bremen-Stadt

Jahr	Eintritte	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2010	148	95	64,19	53	35,81
2011	140	88	62,86	52	37,14
2012	87	55	63,22	32	36,78
2013	170	115	67,65	55	32,35
2014	126	85	67,46	41	32,54
2015	91	62	68,13	29	31,87
2016	87	61	70,11	26	29,89
2017	254	161	63,39	93	36,61
2018	314	215	68,47	99	31,53
2019	119	81	68,07	38	31,93
2020	77	51	66,23	26	33,77

Unterbezirk Bremerhaven

Jahr	Eintritte	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2010	61	44	72,13	17	27,87
2011	65	54	83,08	11	16,92
2012	26	23	88,46	3	11,54
2013	50	39	78,00	11	22,00
2014	51	31	60,78	20	39,22
2015	29	20	68,97	9	31,03
2016	28	18	64,29	10	35,71
2017	38	30	78,95	8	21,05
2018	33	23	69,70	10	30,30
2019	16	13	81,25	3	18,75
2020	15	11	73,33	4	26,67

Jahr	Eintritte	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2010	26	17	65,38	9	34,62
2011	26	16	61,54	10	38,46
2012	14	6	42,86	8	57,14
2013	18	14	77,78	4	22,22
2014	21	14	66,67	7	33,33
2015	10	7	70,00	3	30,00
2016	13	11	84,62	2	15,38
2017	45	28	62,22	17	37,78
2018	46	31	67,39	15	32,61
2019	18	12	66,67	6	33,33
2020	11	6	54,55	5	45,45

Entwicklung der Mitgliederaustritte jährlich; Zeitraum: 2010 bis 2020 (jeweils zum 31.12.)

Landesorganisation Bremen

Jahr	Austritte	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2010	199	133	66,83	66	33,17
2011	216	154	71,30	62	28,70
2012	192	135	70,31	57	29,69
2013	182	122	67,03	60	32,97
2014	268	182	67,91	86	32,09
2015	209	138	66,03	71	33,97
2016	209	149	71,29	60	28,71
2017	190	140	73,68	50	26,32
2018	311	209	67,20	102	32,80
2019	256	182	71,09	74	28,91
2020	171	125	73,10	46	26,90

Unterbezirk Bremen-Stadt

Jahr	Austritte	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2010	124	81	65,32	43	34,68
2011	131	90	68,70	41	31,30
2012	96	71	73,96	25	26,04
2013	121	79	65,29	42	34,71
2014	195	132	67,69	63	32,31
2015	134	93	69,40	41	30,60
2016	125	90	72,00	35	28,00
2017	127	89	70,08	38	29,92
2018	225	147	65,33	78	34,67
2019	179	123	68,72	56	31,28
2020	121	89	73,55	32	26,45

Unterbezirk Bremerhaven

Jahr	Austritte	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2010	37	28	75,67	9	24,33
2011	55	41	74,55	14	25,45
2012	44	30	68,18	14	31,82
2013	31	20	64,52	11	35,48
2014	47	36	76,60	11	23,40
2015	51	28	54,90	23	45,10
2016	53	38	71,70	15	28,30
2017	42	35	83,33	7	16,67
2018	50	36	72,00	14	28,00
2019	41	34	82,93	7	17,07
2020	31	23	74,19	8	25,81

Jahr	Austritte	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2010	38	24	65,12	14	34,88
2011	30	23	76,67	7	23,33
2012	51	33	64,71	18	35,29
2013	30	23	76,67	7	23,33
2014	26	14	53,85	12	46,15
2015	24	17	70,83	7	29,17
2016	31	21	67,74	10	32,26
2017	21	16	76,19	5	23,81
2018	36	26	72,22	10	27,78
2019	36	25	69,44	11	30,56
2020	19	13	68,42	6	31,58

Entwicklung der Todesfälle in der Mitgliedschaft; Zeitraum: 2010 bis 2020 (jeweils zum 31.12.)

Landesorganisation Bremen

Jahr	Verstorbene	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2010	89	58	65,17	31	34,83
2011	69	48	69,57	21	30,43
2012	95	69	72,63	26	27,37
2013	92	57	61,96	35	38,04
2014	69	52	75,36	17	24,64
2015	66	49	74,24	17	25,76
2016	76	51	67,11	25	32,89
2017	73	48	65,75	25	34,25
2018	77	51	66,23	26	33,77
2019	72	50	69,44	22	30,56
2020	82	56	68,29	26	31,71

Unterbezirk Bremen-Stadt

Jahr	Verstorbene	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2010	49	30	61,22	19	38,78
2011	44	32	72,73	12	27,27
2012	61	42	68,85	19	31,15
2013	59	31	52,54	28	47,46
2014	46	36	78,26	10	21,74
2015	49	35	71,43	14	28,57
2016	50	34	68,00	16	32,00
2017	45	30	66,67	15	33,33
2018	53	35	66,04	18	33,96
2019	46	30	65,22	16	34,78
2020	50	34	68,00	16	32,00

Unterbezirk Bremerhaven

Jahr	Verstorbene	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2010	21	12	57,14	9	42,86
2011	15	10	66,67	5	33,33
2012	22	19	86,36	3	13,64
2013	16	13	81,25	3	18,75
2014	16	11	68,75	5	31,25
2015	13	11	84,62	2	15,38
2016	12	8	66,67	4	33,33
2017	16	8	50,00	8	50,00
2018	19	11	57,12	8	42,11
2019	13	9	69,23	4	30.77
2020	21	13	61,90	8	38,10

Jahr	Verstorbene	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2010	19	16	84,21	3	15,79
2011	10	6	60,00	4	40,00
2012	12	8	66,67	4	33,33
2013	17	13	76,47	4	23,53
2014	7	5	71,43	2	28,57
2015	4	3	75,00	1	25,00
2016	14	9	64,29	5	35,71
2017	12	10	83,33	2	16,67
2018	5	5	100,00	0	0,00
2019	13	11	84,62	2	15,38
2020	11	9	81,82	2	18,18





BERICHT DES PRÄSIDENTEN DES SENATS 2020

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

im Rückblick auf das Jahr 2020 fällt uns allen vor allem ein Stichwort ein – Corona. Begriffe wie Lockdown, Neuinfektionen und Inzidenzentwicklung stehen für das, was uns alle – für das, was Gesellschaft und Politik dominiert hat. Wir müssen festhalten: Das Jahr 2020 war mit Sicherheit kein einfaches Jahr – ein Jahr geprägt von Sorgen, Ungewissheit, Einschränkungen und bei vielen Menschen von Existenzangst. Lasst mich den traurigsten Teil der Pandemie benennen und daran erinnern: Auch in unseren beiden Städten Bre-

men und Bremerhaven haben viele Menschen durch das Virus ihr Leben verloren. Wir haben die traurige Gewissheit, dass allein in unserem kleinen Bundesland bis Mitte April 2021 mehr als 440 Tote zu verzeichnen sind. Schon die nackte Zahl ist erschreckend. Aber dahinter stehen Schicksale, dahinter stehen Menschen, die ohne Corona heute noch unter uns wären. Menschen, die von ihren Angehörigen vermisst und betrauert werden.

Und genau diese Bedrohung, die Gefahr von schwerwiegenden oder gar tödlich verlaufenden Covid-19-Erkrankungen sind der Hintergrund für all die schwerwiegenden politischen Entscheidungen, die auch das Land Bremen geprägt haben.

Die Herkulesaufgabe der Pandemiebekämpfung stand und steht leider auch weiterhin im Mittelpunkt. Und diese Aufgabe ist mit immer wieder steigenden und schwankenden Infektionszahlen nicht einfacher und definitiv noch nicht erledigt.

Impfen und Testen – dieser Doppelpack ist neben der strikten Beachtung der AHA-Regeln nach allem, was wir bislang wissen, die einzige Kombination, die uns aus der Pandemie herausführen kann.

Und für Bremen und Bremerhaven kann ich sagen: Wir stehen in beiden Disziplinen in unserem Bundesland wirklich gut da.



Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte, Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen

Zunächst zum Impfen: Wie Ihr wisst, werden wir die Pandemie erst dann in den Griff bekommen, wenn der Großteil der Menschen gegen das Virus geimpft ist; die Expert:innen reden von der sogenannten Herdenimmunität bei etwa 70 Prozent der Bevölkerung. Das Impfen ist der Schlüssel dafür, dass wir möglichst bald wieder "unser altes Leben" zurückgewinnen können.

Für das zweite und dritte Quartal 2021 hat die Bundesregierung den Ländern die Lieferung von wesentlich mehr Impfdosen angekündigt. Wir haben hier aber auch schon Schwankungen erlebt, dann hat die EU noch mal nachgelegt. Man kann davon ausgehen, dass wir einer Durchimpfung der Bürgerinnen und Bürger mit großen Schritten näherkommen werden, zumal ja schon die erste Impfdosis einen nicht unerheblichen Schutz mit sich bringt. Es macht uns aber auch immer wieder unzufrieden, wenn Liefermengen plötzlich reduziert werden oder sich verzögern. Wir tun daher alles, auch im Konzert der Bundesländer gegenüber dem Bund, um hier den Druck hochzuhalten und das Maximale an Impfdosen für Bremen und Bremerhaven zu erreichen.

Bremen hat sich bei der Impfgeschwindigkeit in der deutschlandweiten Spitzengruppe etabliert. Als erstes Bundesland konnten wir schon Mitte April 2021 vermelden, dass 20 Prozent der Bremerinnen und Bremer, der Bremerhavenerinnen



Die neue Parteivorsitzende "punktet bei der Parteibasis" so titelte der Weser-Kurier zum Auftritt von Saskia Esken auf der Jahresauftaktveranstaltung, rund 400 Genossinnen und Genossen waren in die tolle Location, das Heizkraftwerk auf dem Gelände der ehemaligen Tabakfabrik in Bremen-Woltmershausen, gekommen, wo am 17. Januar der SPD-Jahresauftakt 2020 stattfand.

und Bremerhavener inzwischen mindestens einmal geimpft sind. Jede:r zweite 60-Jährige hatte zu diesem Zeitpunkt bei uns bereits mindestens eine Impfung erhalten. Damit liegen wir deutlich über dem Bundesdurchschnitt und an der Spitze der Bundesländer.

Wir verfügen im Land Bremen über anerkannt arbeitende Impfzentren. Dank der tatkräftigen Hilfe und der guten Zusammenarbeit von Gesundheitsamt, Bremer Wirtschaft, Handelskammer, Johanniter und DRK sind wir hervorragend gerüstet, um wirklich alles, was wir an Impfstoffen von den Herstellern geliefert bekommen, sehr schnell, sehr zielgenau und auch vollständig verimpfen zu können.

Nun ein paar Worte zu der anderen zentralen Säule der Pandemiebekämpfung, dem Testen: Das Virus lässt sich nicht wegtesten, das ist klar, dennoch kann eine kluge Teststrategie ganz wesentlich zur Bekämpfung der Pandemie beitragen.

Und auch hier haben wir in Bremen schnell reagiert. Wir haben regelmäßige Schnelltests in Kitas und Schulen etabliert, noch bevor man sich auf Bundesebene auf entsprechende Maßnahmen verständigt hatte. Inzwischen wurde auch eine Testpflicht eingeführt. Und wir haben zügig die allgemeine Testinfrastruktur ausgebaut, um allen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu geben, sich einmal pro Woche kostenfrei testen zu lassen. Das Testangebot für Bürgerinnen und Bürger und Tests in Kitas und Schulen sind zwei Säulen der Teststrategie, bei denen in den letzten Wochen schon viel erreicht wurde.

Beim Testangebot für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hätte ich mir dagegen mehr Geschwindigkeit und Konsequenz gewünscht. Die Selbstverpflichtung der Wirtschaft, auf die wir zunächst gesetzt hatten, hat nicht ausreichend gezogen. Wir haben als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Bundesinfektionsschutzgesetz die Testangebotspflicht gesetzlich verankert. Und aus Bremen setzen wir uns unermüdlich dafür ein, hier auch das einzufordern. was wir bundesweit von Schülerinnen und Schülern erwarten: eine echte Testpflicht für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die nicht ausschließlich im Homeoffice arbeiten. Auch die Wirtschaft steht in der Verantwortung, das Infektionsgeschehen mit vollem Engagement und der nötigen Konsequenz zu reduzieren.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, trotz der beschriebenen Fortschritte beim Impfen und beim Testen können wir leider noch keine Entwarnung geben. Die Pandemie wird uns alle wohl noch viele Wochen und Monate begleiten.

Natürlich sind all die einschränkenden Maßnahmen für jede:n von uns, besonders für Kinder und Jugendliche, aber auch mit schwerwiegenden Einschnitten verbunden. Die Folgen für die Wirtschaft, beispielsweise für viele Einzelhändler:innen, Gastronom:innen oder Kulturschaffende, sind verheerend und von sehr großem Ausmaß. Unsere Linie war hier immer, mit wirtschaftlichen Hilfen zumindest das Nötigste aufzufangen. Unsere sozialdemokratischen Mitglieder in der Bundesregierung und auch die SPD-Bundestagsfraktion haben hier einen guten Job gemacht mit ihrem klaren und konsequenten Kurs: durch Hilfen in existenziellen Notlagen für Betriebe und Einzelne, beim Kurzarbeitergeld, mit dem Konjunkturprogramm, aber auch bei der Entlastung von Familien. Und auch auf Landesebene haben wir ein Krisenmanagement gezeigt, für das wir uns nicht verstecken müssen. Mit der Initiative, den Schutz der Gruppe der über 65-Jährigen durch die Ausgabe von kostenfreien FFP2-Masken zu verbessern, dürfen wir beanspruchen, schon im November 2020 eine bundesweite Vorreiterrolle eingenommen zu haben. Und während manche und mancher noch haderte und rechnete, haben wir in Bremen Tempo in der Digitalisierung von Schulen vorgelegt. Wir haben vor den Sommerferien begonnen und bis Dezember 2020 erfolgreich beendet, dass nicht nur alle Lehrkräfte, sondern auch alle Schülerinnen und Schüler ein iPad erhalten haben, damit alle Schülerinnen und Schüler eine Chance haben, die digitalen Lernangebote auch nutzen zu können und nicht wegen mangelnder technischer Ausstattung abgehängt zu werden.

Wir alle erleben die Corona-Einschränkungen als hart und langwierig. So hart die Maßnahmen sind, so unverzichtbar sind sie aus meiner Sicht. Denn wir dürfen auch weiterhin nicht Gefahr laufen, unser Gesundheitssystem zu überlasten, wir müssen die Ausbreitung des Virus im Griff behalten und die Gefahren der Mutationen sehr ernst nehmen. Solange die Infektionszahlen zu hoch sind, ist nicht die Zeit für mutige Lockerungen, so haben wir es in den vergangenen Wochen

und Monaten auch wiederholt in der Bremischen Bürgerschaft debattiert, die Impfungen sind noch nicht weit genug fortgeschritten. Und gleichzeitig liegen die Nerven verstärkt blank, die Menschen haben zunehmend einfach keine Lust, keine Geduld und keine Kraft mehr. Auch Euch, Genossinnen und Genossen, möchte ich daher ganz herzlich bitten, durchzuhalten. Irgendwann geht jede Pandemie zu Ende und ich bin nach wie vor optimistisch, dass wir in wenigen Monaten eine weitaus bessere Situation haben werden.

Nach der Pandemie – ein ersehnter Zeitpunkt, zu dem es wie auch aktuell für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten viel zu tun geben wird, – stehen sicher die Nachhol- und Auffangprozesse in der Bildung bei unseren Kindern an erster Stelle. Und wir werden alle Anstrengungen unternehmen müssen, damit die Wirtschaft im Land sich von der Pandemie erholt und gut entwickelt.

Derzeit müssen wir durch die Folgen von Corona mit Steuerausfällen von 300 Millionen Euro pro Jahr rechnen und nach wie vor stellen Zinsausgaben eine relevante Belastung des Haushaltes dar: Die des Landes betragen 575 Millionen Euro in 2022 und 550 Millionen Euro in 2023.

Die Aufstellung des Haushaltes für das Land und die Stadtgemeinde Bremen in Zeiten der Pandemie – und vor dem Hintergrund der sozialen, ökologischen und ökonomischen Herausforderungen – war und ist daher ein besonderer Kraftakt.

Dem rot-grün-roten Senat ist es mit dem Haushaltsentwurf für die Jahre 2022/2023 gelungen zu zeigen, dass die Koalition auch unter schwierigsten Bedingungen handlungsfähig ist. Die Ausgaben des Landes (ohne den Bremen-Fonds) liegen bei rund 5,2 Milliarden Euro pro Jahr, die der Stadt bei 3,3 Milliarden Euro. Der Bremen-Fonds, den Senat und Bürgerschaft im Zusammenhang mit der Bewältigung der Corona-Pandemie aufgelegt haben, beinhaltet insgesamt 1,2 Milliarden Euro, davon sind für 2022/2023 insgesamt 668 Millionen Euro eingeplant.

Mit diesen Beschlüssen ist es zunächst möglich, die mit dem letzten Doppelhaushalt getroffenen Schwerpunktsetzungen fortzuführen, denn die Ausgangsbasis für die Fortschreibung der Eckwerte ist der Haushalt 2021. Das heißt, wichtige politische Erfolge, wie zum Beispiel die Schulsozialarbeit an unseren Schulen, beitragsfreie Kitas für Drei- bis Sechsjährige, die Aufstockung der Ordnungskräfte und eine Politik mit klarem Schwerpunkt auf die Quartiere, gelten auch 2022/2023 fort.

Im Wissenschaftsbereich wurde die Aufstockung aus dem letzten Haushalt verstetigt und damit wurden 40 Millionen Euro (2022) bzw. 53 Millionen Euro (2023) über der Ausgangsplanung zusätzlich bereitgestellt. Mit der vorgesehenen Unterstützung aus dem Bremen-Fonds für Investitionen in die Hochschulinfrastruktur untermauert der Senat die hohe Bedeutung der Wissenschaft für die Zukunftsfähigkeit des Bundeslandes.

Daneben ist es gelungen, eine Reihe weiterer politischer Vorhaben zu realisieren und wichtige Verstärkungen vorzunehmen. Das sind zum Beispiel:

Im Bereich Bildung schaffen wir insgesamt 220 neue Lehrer:innenstellen bis 2023 zur Sicherung der Unterrichtsversorgung. Außerdem finanzieren wir 26 Stellen zur Pflege und Wartung der für alle Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler zur Verfügung gestellten 100.000 iPads. Für

- den Kitabereich erhöhen wir die Ausgaben um 26 Millionen Euro pro Jahr, um zusätzliche Plätze zu finanzieren.
- Die Ausgaben für zusätzliche Klimaschutzprojekte werden von bisher geplanten 40 Millionen auf 50 Millionen Euro erhöht.
- Im Sozialressort werden etwa 40 zusätzliche Stellen für verschiedene Leistungsbereiche geschaffen und etwa 20 Stellen für das Jugendamt, um den Schutz vor Kindeswohlgefährdung zu erhöhen und die Betreuung der betroffenen Familien zu verbessern. Die erhöhten Mittel für die offene Jugendarbeit und das Programm "Wohnen in Nachbarschaften" aus dem Haushalt 2021 gelten weiter, das Landesprogramm "Lebendige Ouartiere" wird fortgeführt.
- Bei der Feuerwehr Bremen wird die Zielzahl in zwei Schritten um insgesamt 58 Stellen erhöht. Auch die Polizei erhält zusätzliche Stellen. 2023 stehen 42 zusätzliche Stellen zur Verfügung, außerdem werden weitere Mittel für die Erhöhung der Zahl der Auszubildenden zur Verfügung gestellt. Die Ausbildungskapazitäten Bremens sind mit jährlich 200 neuen Polizeianwärter:innen inzwischen voll ausgeschöpft, deshalb kann die Polizei Bremen nun in den beiden nächsten Jahren insgesamt 50 weitere neue Kolleg:innen in Niedersachsen ausbilden lassen.



Viele Gespräche führen, sich austauschen, argumentieren, überzeugen, Vertrauen schaffen: Kernelemente der Arbeit von Andreas Bovenschulte.



Der Christopher Street Day 2020 stand unter dem Motto "Liebe siegt gegen Hass" und fand am 21. und 22. August unter Corona-Bedingungen statt, d. h. keine laute Musik, keine Partys, kein Alkohol, keine Fahrzeuge im Umzug, sondern am Freitag eine Kundgebung auf dem Bahnhofsvorplatz und am Samstag ein Demonstrationszug bunt, still aber mit 4.000 Teilnehmenden, die ein sichtbares Zeichen für Vielfalt und Toleranz setzten. Es war damit die größte politische Demonstration des Jahres.

- Die Krankenhausinvestitionen werden pro Jahr um 5,6 Millionen Euro angehoben, außerdem wird die auslaufende Finanzierung der Präventionsfachkräfte dauerhaft abgesichert und der öffentliche Gesundheitsdienst um mehr als 30 Stellen verstärkt.
- Außerdem werden auslaufende Stellenfinanzierungen im Volumen von fast 100 Stellen, zum Beispiel aus den Programmen für Geflüchtete, verstetigt. Auch die Mittel für die Sanierung öffentlicher Gebäude werden aufgestockt.

Durch Nutzung des Bremen-Fonds sollen daneben wichtige Investitionen unter anderem in die öffentliche Infrastruktur, vor allem im Bereich Kita, Bildung und Hochschulen, vorangetrieben werden. Die Planungen des Senats sehen folgende Beträge vor:

- 225 Millionen Euro zur Verbesserung der Gebäudeinfrastruktur für Kita, Schulen, Hochschulen und Sport
- 134 Millionen Euro für die Stärkung der Pandemie-Resilienz der Krankenhäuser und des Öffentlichen Gesundheitsdienstes
- 131 Millionen Euro zur Unterstützung der wirtschaftsstrukturellen Transformation
- 78 Millionen Euro zur Unterstützung der öko-

- logischen Transformation
- 60 Millionen Euro für die unmittelbare Pandemiebewältigung, neben Kosten für Schutzmaßnahmen und Impfen beispielsweise auch Maßnahmen zum Ausgleich von Bildungsverlusten
- 40 Millionen Euro zur Unterstützung der Digitalisierung von Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft

Dieser Haushaltsentwurf, der nun in der parlamentarischen Beratung bewegt wird, bietet Kontinuität, um an den klaren Schwerpunkten des Jahres 2020/2021 anzusetzen und diese fortzuführen. Und er schlägt die Brücke ins Jahr 2023 dieser Haushalt bildet den Rahmen für unsere Politik in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode. In der kommenden Zeit muss es darum gehen, die sozialdemokratischen Schwerpunkte und Herzensanliegen, die zunächst mal nur in Zahlen abgebildet sind, auch umzusetzen und für die Menschen in Bremen und Bremerhaven erlebbar und spürbar zu machen. Darauf müssen wir gemeinsam alle Anstrengungen orientieren. Denn dann bietet dieser Haushaltsentwurf eine gute Grundlage, um in der Auseinandersetzung mit den anderen Parteien deutlich zu machen, was wir geschafft haben und wofür wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen.



Die IG Metall hatte am 23. Juni 2020 zur "Playmo-Demo" unter dem Motto "Stahl ist Zukunft" auf den Bremer Marktplatz gerufen und auch die SPD schickte ihre Delegation –gemeinsam präsentiert von unserer Landesvorsitzenden Sascha Karolin Aulepp und Muhammet Tokmak, SPD-Bürgerschaftsabgeordneter und Betriebsratsvorsitzender ArcelorMittal Bremen. Ein wichtiges politisches Anliegen für die Zukunft des Bremer Stahlwerks ist, eine CO2-neutrale Produktion zu ermöglichen, mit aus erneuerbaren Energien gewonnenen Wasserstoff.

Wir haben im Senat als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Team zusammengearbeitet. Das war auch gut und notwendig, weil es nur so immer wieder gelungen ist, unsere sozialdemokratische Linie in der Politik des Senats durchzusetzen.

Als unser dienstältester Senator hat Uli Mäurer mit seiner ruhigen Art und seinem bedächtigen Vorgehen bei zugleich klarer Haltung erheblich zur Stabilität des Senats und seiner Arbeit beigetragen. Ulis Entschlossenheit in der konsequenten Bekämpfung der Clan- und Rockerkriminalität ist ebenso hervorzuheben wie der wichtige Beitrag, den die Polizei und der Ordnungsdienst in der Bekämpfung der Pandemie leisten. Ich danke Uli Mäurer außerordentlich, dass er das schwierige Politikfeld Inneres, das gerade in einer rot-grünroten Koalition keine leichte Aufgabe ist, in solch hervorragender Weise bewältigt hat.

Claudia Bogedan hat vor sechs Jahren den Job der Bildungssenatorin übernommen. Das war auch der Zeitpunkt, an dem wir uns gemeinsam entschieden hatten, die Bereiche Kinder und Bildung zusammenzuführen. Diese Entscheidung war sehr richtig, aber die damit verbundenen Umbauprozesse waren eine riesige Herausforderung. Dass das so gut gelungen ist, haben wir in besonderer Weise Claudia Bogedan, ihrem Engagement und ihrem klugen, durchdachten und gleichzeitig ent-

schlossenen Vorgehen zu verdanken. Claudia war gleichzeitig damit konfrontiert, dass es einen enormen Ausbaubedarf insbesondere im frühkindlichen Bereich bei unseren Kitas gab, also einen erheblichen Ausbau- und Aufholbedarf in den Stadtteilen, die bis dahin deutlich unterausgestattet waren. Diese Strategie der aufholenden Entwicklung gerade zugunsten der Stadtteile, die oftmals auch mit besonderen sozialen Problemlagen konfrontiert sind, hat Claudia mit Überzeugung und großem Erfolg durchgesetzt und uns ein gutes Stück vorangebracht.

Gleichzeitig ist die Zahl der Kinder in allen Stadtteilen entgegen den Prognosen und Planungsgrundlagen erheblich angewachsen. Auch das hat zu einem weiteren dringlichen Ausbaubedarf geführt. Noch nie sind seit Ende des Zweiten Weltkrieges in so kurzer Zeit in Bremen so viele Tausend zusätzliche Krippen- und Kindergartenplätze entstanden.

Sowohl in unseren Kitas als insbesondere auch in unseren Schulen ging es darum, den begonnenen Weg der Qualitätssteigerung fortzusetzen. Gleichzeitig ist es Claudia gelungen, mit der Zuweisungsrichtlinie eine klare und für alle Akteur:innen transparente Richtschnur für die Ressourcenzuweisung zu entwickeln. Auch da hat sie einen Meilenstein geschaffen und sich große Anerkennung sowohl beim Personal als auch bei Eltern und den

politischen Akteur:innen in unserer Stadt und in unserem Land erworben.

Ich will nicht verhehlen, dass ich es mit außerordentlichem Bedauern zur Kenntnis genommen habe, dass sich Claudia nach sechs Jahren engagierter, aber auch aufreibender Tätigkeit beruflich verändern will und Geschäftsführerin bei der Hans-Böckler-Stiftung wird. Ich bedaure das, aber ich respektiere es natürlich. Ganz herzlichen Dank an Claudia für den großartigen Job, den sie hier in den vergangenen sechs Jahren geleistet hat, und natürlich die besten und herzlichsten Wünsche für ihre neue Aufgabe.

Claudia Schilling hat gemeinsam mit mir vor zwei Jahren Verantwortung im Senat übernommen, wir beide sind damit die sozialdemokratischen Mitglieder im Senat, die in dieser Legislaturperiode in die Senatsarbeit gestartet sind. Claudia hat sowohl im Bereich Justiz als auch im Bereich der Häfen und der Wissenschaft einen hervorragenden Job gemacht und sich überall große Anerkennung erworben.

Ich bin froh, dass wir mit Claudia Schilling gerade auch im Bereich der Wissenschaft eine leidenschaftliche und unermüdliche Senatorin haben. Der Bereich Wissenschaft ist deshalb mit besonderen Herausforderungen versehen, weil wir leider Abstriche machen mussten von den sehr ambitionierten Ausbauzielen, die der vorherige Senat beschlossen hatte. Am grundsätzlichen Ziel haben wir nichts geändert, an dem halten wir weiter fest, aber an der Geschwindigkeit, mit der wir es erreichen, schon. Dass dabei die Richtung nie aus dem Blickfeld gerät, dass der Wissenschaftsbereich in seiner Senatorin zu Recht eine leidenschaftliche Mitstreiterin an ihrer Seite sieht, die den Bereich nach vorne gebracht hat, dafür haben wir unserer Claudia Schilling zu danken.

Ich hatte von der Notwendigkeit gesprochen, deutlich zu machen, wofür wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen. Diese Auseinandersetzung zu den Akzenten des politischen Angebots steht nun kurzfristig erst mal im Bund mit der Bundestagswahl an. Ich bin mit Blick auf das Zukunftsprogramm voller Zuversicht, dass wir nach dem Bundesparteitag in Kürze ein überzeugendes Programm haben, mit dem wir kraftvoll in den Bundestagswahlkampf ziehen.

Wenn wir an die politische Gestaltung im Bund denken, dann wissen wir, dass die Große Koalition dieses Jahr durchaus ihren Wert hatte, mit den besonderen Herausforderungen der Pandemie umzugehen. Aber wir merken auch, wo Grenzen



Eine der großen Herausforderungen und Aufgaben des Senats und der Bremer Politik überhaupt: Wie kann die Bremer Innenstadt an Attraktivität und Lebendigkeit gewinnen?



Gedankenaustausch auf einem gemeinsamen Spaziergang nach der DGB-Kundgebung am 1. Mai 2021: Sascha Karolin Aulepp und Andreas Bovenschulte. In Zukunft werden sie im Senat zusammenarbeiten.

der Politik mit den Konservativen sind, was wir in einer solchen Konstellation nicht umsetzen können. Daher müssen wir alle unseren Beitrag dazu leisten, damit die SPD stark in den Bundestagswahlkampf treten kann. Wir müssen alles daransetzen, die Menschen von unseren sozialdemokratischen Inhalten zu überzeugen, und wir müssen dafür sorgen, dass Olaf Scholz Bundeskanzler wird.

Auch im Land Bremen treten wir mit einem starken Team zur Bundestagswahl an: mit unseren Direktkandidaten in den beiden Wahlkreisen, Sarah Ryglewski und Uwe Schmidt, an der Spitze, mit einer Mischung aus Erfahrung und jungen Gesichtern, Frauen und Männern, die den Bremerinnen und Bremern, den Bremerhavenerinnen und Bremerhavenern in beiden Wahlkreisen zeigen, wofür wir als SPD stehen. Mit dieser Kombination – einem überzeugenden Programm und einem starken Team – wollen und werden wir beide Wahlkreise wieder für die SPD gewinnen.

Lasst uns, liebe Genossinnen und Genossen, in der Pandemiebekämpfung ebenso wie im Bundestagswahlkampf solidarisch sein, lasst uns geschlossen eintreten für unsere gemeinsamen Ziele, auf dass wir dann kraftvoll in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode sozialdemokratische Schwerpunkte für die Menschen in Bremen und Bremerhaven umsetzen. Daran werden die sozialdemokratischen Mitglieder im Senat mit Leidenschaft und voller Energie arbeiten.

Euer Andreas Bovenschulte

BERICHT DER SPD-BÜRGERSCHAFTSFRAKTION 2020

Solidarität, Verantwortung – und Hoffnung!

Liebe Genoss:innen,

hinter uns liegt ein Jahr der Krisenbewältigung. Die Corona-Pandemie, die Maßnahmen, die zu ihrer Eindämmung nötig waren und die weitreichenden Folgen haben unser Leben fundamental verändert. In Bremen, Bremerhaven und bundesweit sind sehr viele Menschen an oder mit dem Virus gestorben. Opfer, die schmerzlich vermisst werden und deren Angehörigen wir unser tiefes Mitgefühl aussprechen.

Die größte Herausforderung, der sich Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg stellen musste – so ist diese Pandemie von vielen bezeichnet worden. Zu Recht. Denn um die Gesundheit gerade der Verletzlichsten in unserer Gesellschaft – die der älteren Mitbürger:innen, der Vorerkrankten, der Risikogruppen – zu schützen, war es notwendig, das öffentliche Leben zu beschränken. Auch wenn ich diese Beschränkungen für richtig halte, haben sie enorme wirtschaftliche und soziale Folgen. Und diese Pandemie erforderte von allen in der Gesellschaft vor allem eines: Solidarität.

Entschlossen und besonnen

Ich bin froh darüber, dass wir Sozialdemokraten in Bremen die Regierung anführen. Denn unser Bürgermeister und mit ihm der gesamte Senat haben in der Krise entschlossen, bedacht und besonnen agiert. Sie haben die Maßnahmen ergriffen, die nötig waren, aber sie haben sich nicht beteiligt an einem Wettbewerb um die größten Lockerungen oder die härtesten Verschärfungen. Sie haben die gemeinsamen Beschlüsse von Bund und Ländern umgesetzt und sind nicht – so wie andere Bundesländer – abgewichen.

Als SPD-Fraktion haben wir großen Wert darauf gelegt, dass alle Entscheidungen zur Pandemie-



Mustafa Güngör, Vorsitzender der SPD-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft

bekämpfung parlamentarisch beschlossen werden müssen. Die Bürgerschaft tagt, diskutiert und beschließt – und dies halte ich auch für richtig und wichtig. Denn wir mussten weitreichende Entscheidungen treffen und selbstverständliche Freiheitsrechte einschränken. Nach meiner festen Überzeugung gibt es nur einen Ort, an dem solch weitreichende Maßnahmen beschlossen werden können: Im Parlament, der Herzkammer der Demokratie. Wir müssen die Entscheidungen diskutieren, abwägen und dann verantwortlich treffen. Dafür haben die Menschen uns gewählt.

Haushalt sozialdemokratischer Schwerpunkte

Der Haushalt, so heißt es immer, ist dabei das Königsrecht des Parlaments. Auch wenn der Doppelhaushalt für die Jahre 2020 und 2021 aufgrund der Corona-Pandemie entgegen der eigentlichen Planung nicht ohne neue Schulden ausgekommen ist, so geht von ihm ein kraftvolles Signal aus. Denn wir haben den Bremen-Fonds mit einem Volumen von 1,2 Milliarden Euro aufgelegt und mit Krediten finanziert. Damit kompensieren wir die Einbrüche bei den Steuereinnahmen und stellen Bremen und Bremerhaven für die Zeit nach der Krise zukunftsfest auf. Mit diesem Paket mildern wir die ökonomischen, sozialen und gesellschaftlichen Folgen der Krise ab – und das ist dringend notwendig.

Der Haushalt, so heißt es auch, ist in Zahlen gegossene Politik. Und es ist uns gelungen, klar unsere sozialdemokratische Handschrift erkennen zu lassen und Schwerpunkte zu setzen: Kinder und Bildung, starke Wirtschaftsstandorte Bremen und Bremerhaven, Sicherheit und Sauberkeit, eine sozial gerechte Klimaschutzpolitik und vor allem den sozialen Zusammenhalt. Und wir haben als SPD-Fraktion einen Schwerpunkt auf die Quartiere gesetzt – denn wir wollen das Leben der Menschen ganz konkret dort verbessern, wo sie leben!

In Kontakt bleiben

Vor Ort, präsent und ansprechbar – das soll ein Kernelement unserer Arbeit als SPD-Fraktion sein. Die Kontaktbeschränkungen haben uns direkte Begegnungen erschwert. Darauf haben wir reagiert. Wir haben Veranstaltungen auf Online-Formate umgestellt, um die Bremer:innen und Bremerhavener:innen zu inhaltlichen Diskussionen einzuladen. Wir bieten schon seit Beginn der Pandemie eine regelmäßige Telefonsprechstunde an, denn wir wollen mit den Bürger:innen auch kontaktlos im Austausch bleiben, ein offenes Ohr haben, Gespräche anbieten. Diesen Austausch suchen wir auch weiterhin direkt vor Ort, wo immer dies unter Pandemiebedingungen möglich ist. Denn wir kümmern uns um die Menschen; um ihre Anliegen, Sorgen und Probleme.

Und unsere Abgeordneten haben zwei weitere Büros eröffnet: Im Bremer Osten gemeinsam mit Joachim Schuster, für Mitte und den Bremer Süden gemeinsam mit Sarah Ryglewski. Denn wir wollen auch auf diese Weise sichtbar sein, Präsenz zeigen und die Menschen zum Gespräch einladen. Dies werden wir im Rahmen von persönlichen Sprechstunden tun, sobald die Corona-Lage dies zulässt.

Ich bin guter Hoffnung, dass sich die Lage bald entspannen wird. Impfen ist das zentrale Mittel, das uns aus der Krise herausführt und uns eine Rückkehr zu mehr Normalität erlauben wird. Bremen liegt hier im Ländervergleich vorne, auch dies ist ein Erfolg für uns. So tiefgreifend die Krise war und noch immer ist, mittlerweile gibt es Hoffnung – auch dank guter, sozialdemokratischer Politik!

Bleibt gesund. Euer **Mustafa Güngö**r

Viel erreicht – und noch viel vor!

1. Finanzen

Bremen hat seine Hausaufgaben gemacht: In den vergangenen zehn Jahren haben wir in der Bürgerschaft Haushalte beschlossen, die dem Konsolidierungspfad folgten. Der Haushalt für die Jahre 2020 und 2021 sollte der erste sein, der ohne neue Schulden auskommt. Dann kam die Corona-Pandemie – und zweifellos stellte und stellt dies eine außergewöhnliche Notsituation dar. In einem solchen Fall kann, darf und muss Bremen von der in der Landesverfassung verankerten Schuldenbremse abweichen.

Und genau dies haben wir getan: Wir haben den Bremen-Fonds mit einem Volumen von insgesamt 1,2 Milliarden Euro aufgelegt, der über zusätzliche Schulden finanziert wird. Um die Folgen der Pandemie abzumildern, Steuerausfälle aufzufangen und Bremen und Bremerhaven gut für die Zeit nach der Krise aufzustellen, war die Aufnahme zusätzlicher Schulden unerlässlich.

So haben wir für die Jahre 2020 und 2021 einen Haushalt aufgestellt, der trotz enger finanzieller Spielräume nachhaltig, tragfähig und sozial ist – und der Schwerpunkte setzt. Wir investieren weiterhin massiv in den Bereich Kinder und Bildung. Wir investieren in den sozialen Zusammenhalt, in wirtschaftlich starke Standorte Bremen und Bremerhaven und wir investieren in eine sozial gerechte und ökologisch effektive Klimaschutzpolitik. Und wir nehmen gezielt die Quartiere in den Blick, denn wir wollen das Leben der Menschen dort konkret verbessern, wo sie leben!

2. Kinder und Bildung

Mehr Geld für Kinder und Bildung; dieses Ziel konnten wir im Haushalt deutlich verankern. So erhielt dieser Bereich von allen Ressorts mit 365 Millionen Euro die meisten zusätzlichen Mittel – für zusätzliche Lehrkräfte und den Einstieg in eine bessere Bezahlung für Grundschullehrkräfte, für zusätzliche Schulassistenzen und Schulsozialarbeiter:innen, für zusätzliches Personal zur Unterstützung der Digitalisierung und für den Ausbau der Qualitätsentwicklung, für Sozialpädagog:innen in allen Index-Kitas und die Stärkung der



23 Köpfe für Bremen und Bremerhaven: Die Abgeordneten der SPD-Bürgerschaftsfraktion Land Bremen.

Quartierszentren und Quartiersbildungszentren sowie Planungsmittel für neue Einrichtungen.

Um den weiteren Kita- und Schulausbau voranzubringen, haben wir 80 Millionen Euro für den Bau von Kitas und Schulen bereitgestellt und zudem eine Sonderrücklage "Schul- und Kinderbetreuungsbereich" in Höhe von 40 Millionen Euro gebildet. Damit setzen wir das größte Kita-Ausbauprogramm in der Geschichte unseres Bundeslandes fort!

Weitreichende Folgen hatte für Schulen und Kitas die Corona-Pandemie. Dabei hatten wir als SPD-Fraktion immer vor allem diejenigen Schüler:innen im Blick, die zu Hause keine ausreichende Förderung erhalten können und kein optimales Lernumfeld haben. Wir haben dafür gekämpft, dass die Schulen so viel Präsenzangebote machen können, wie es die pandemische Lage zulässt – und uns deswegen dafür eingesetzt, dass Beschäftigte in Kitas und Grundschulen früher geimpft werden und dafür früh eine Teststrategie erarbeitet. Wir haben über den Bremen-Fonds pandemiebedingte Mehrbedarfe finanziert und legen Programme auf, die Schüler:innen dabei helfen sollen, Lernrückstände aufzuholen.

Das Lernen auf Distanz hat der Digitalisierung der Bildung einen enormen Schub verliehen. Bremen stand hier durch die frühzeitige Einführung der funktionierenden Lernplattform "itslearning" im Bundesvergleich gut da. Wir wollten keine digitale Spaltung, sondern digitale Bildung für alle! So sind wir zum Vorreiter geworden: 38,6 Millionen Euro wurden in die digitale Infrastruktur gesteckt – und wir haben alle Schüler:innen und Lehrkräfte mit einem Tablet ausgestattet. Denn für uns steht fest: Es darf nicht vom Geldbeutel abhängen, wie oder ob Kinder und Jugendliche an digitalen Lernformaten teilhaben können!

3. Wissenschaft

Die Corona Pandemie hat auch besonders die Studierenden hart getroffen. Die Hochschulen im Land Bremen mussten kurzfristig ihren Lehr- und Forschungsbetrieb vor Ort weitgehend einstellen und die Lehre in digitale Formate überführen. Dabei haben wir sie mit insgesamt 19 Millionen Euro unterstützt. Ein besonderes Anliegen war es uns, die pandemiebedingten Nachteile für Studierende zu kompensieren, etwa über die unbürokratische Fortzahlung des BAföG für das Sommersemester 2020 und das Wintersemester 2020/2021. Um

finanziell in Not geratene Studierende zu unterstützen, haben wir die Aufstockung des Darlehensfonds des Studierendenwerks Bremen unterstützt.

In den Haushaltsberatungen konnten wir erreichen, dass die Wissenschaftsstandorte Bremen und Bremerhaven gestärkt und die Etats 2020 um 29,3 Millionen Euro und 2021 um 17,2 Millionen Euro aufgestockt werden. Zudem haben wir durchgesetzt, dass die Langzeitstudiengebühren abgeschafft und die Verwaltungsgebühren gesenkt werden – ein erster Schritt hin zu einem komplett gebührenfreien Studium!

4. Gesundheit

Wir verbessern die Gesundheitsversorgung in den Quartieren. Darauf haben wir im Haushalt einen Schwerpunkt gelegt und die Prävention vor Ort finanziell gestärkt. Wir haben dafür gesorgt, dass das erfolgreiche, aber befristete Gesundheitsfachkräfte-Projekt an zwölf Bremer Grundschulen verlängert wird. Wir haben sowohl eine notwendige personelle Verstärkung im Gesundheitsamt, eine finanzielle Aufstockung bei der Verbraucherzentrale als auch die Schulgeldfreiheit in den Gesundheitsfachberufen im Haushalt abgesichert. Die Planung für ein Hebammenzentrum im Bremer Osten kann schnellstmöglich realisiert werden.

Außerdem sollen weitere Standorte in Blumenthal und Bremerhaven geplant werden. Wir bringen regionale Gesundheitszentren auf den Weg und stärken vorhandene.

Die finanzielle Situation bei der Gesundheit Nord bleibt zudem eine Herausforderung. Von der Geschäftsführung der GeNo erwarten wir ein nachhaltiges Sanierungs- und Zukunftskonzept, das alle vier Klinikstandorte erhält und durch eine Neuausrichtung der Geschäftsbereiche mittelfristig zu einer wirtschaftlichen Stabilisierung führt. Diesen Prozess werden wir weiterhin eng begleiten.

5. Arbeit

Wir haben den Landesmindestlohn auf zwölf Euro pro Stunde angehoben – und koppeln zukünftige Erhöhungen an die Entwicklung im Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder. Denn für uns steht fest: Wer in Vollzeit arbeitet, muss genug verdienen, damit es ohne staatliche Unterstützung zum Leben und für eine auskömmliche Rente reicht. Damit wurde Bremen erneut zum Vorreiter, dem andere Länder und der Bund hoffentlich folgen!

Die Corona-Pandemie hat sich aber natürlich auch auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar gemacht. Tau-



Mit einer gemeinsamen Aktion auf den Social Media-Kanälen der Fraktion riefen die Abgeordneten dazu auf, Maske zu tragen, um sich und andere zu schützen.





Oben: Bei der Sitzung der Bürgerschaft im März 2020 beginnen die Abgeordneten den Sitzungstag mit Beifall und zeigten damit ihre Anerkennung für all jene, die im Gesundheitsbereich, in Supermärkten oder der öffentlichen Daseinsvorsorge auch in Krisenzeiten Großartiges leisten.

Unten: Unsere Abgeordneten und Deputierten Ute Reimers-Bruns, Petra Krümpfer, Hans-Peter Hölscher, Janina Brünjes und Falk Wagner bei ihrem Besuch im Bremerhavener Goethe-Quartier – bevor die Corona-Pandemie das Abstandhalten zu einer Grundregel machte.

sende Arbeitnehmer:innen befanden oder befinden sich nach wie vor in Kurzarbeit, einige verloren ihre Arbeit. Um eine angemessene Höhe des Kurzarbeitergeldes sicherzustellen, die zum Leben reicht, haben wir eine einkommensabhängige Erhöhung eingefordert.

Wir haben zudem früh und umfassend die Auswirkungen der Krise auf Auszubildende in den Blick genommen. Der Senat hat mit unserer Unterstützung bereits im Sommer 2020 einen Schutzschirm Ausbildung beschlossen. Es wurden u. a. zwei au-

ßerbetriebliche Ausbildungsverbünde in Bremen und Bremerhaven auf den Weg gebracht, um zu ermöglichen, dass Jugendliche trotz Pandemie eine Ausbildung beginnen bzw. fortführen können. Zudem treiben wir aktiv den Prozess zur Einführung einer Ausbildungsumlage voran, um zum einen Jugendliche umfassend mit Ausbildungsplätzen zu versorgen und zum anderen den Bedarf an Fachkräften zu sichern.

Wir setzen das Beschäftigungspolitische Aktionsprogramm fort. Wir stocken das Programm LAZLO

um zwei Millionen Euro auf insgesamt sieben Millionen Euro auf, das langzeitarbeitslosen Menschen eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ermöglicht. Wir fördern weiterhin Aufstiegsfortbildungen. Und wir unterstützen gezielt Alleinerziehende mit 350.000 Euro in diesem und 700.000 Euro im kommenden Jahr.

6. Wirtschaft

Wir haben im Haushalt die notwendigen Mittel bereitgestellt, um Bremen und Bremerhaven als Wirtschaftsstandorte zukunftsfest aufzustellen. So steht das nötige Geld bereit, um die wichtigen Projekte der Gewerbeflächenentwicklung fortzusetzen, wir investieren in Digitalisierung, junge, kreative Unternehmen und Existenzgründer:innen ebenso wie in ein Förderprogramm für die Luftund Raumfahrt. Und wir investieren in die Quartiere, indem wir die Mittel für das Stadtteilmarketing aufstocken und auf weitere Stadtteile ausgeweitet haben.

Ebenso begleiteten wir die Entwicklung des nachhaltigen Gewerbegebietes auf der Luneplate in Bremerhaven und richteten den Blick auf Projekte der Norddeutschen Wasserstoffstrategie. Auf unsere Initiative hin hat sich die Bürgerschaft zudem einstimmig und eindeutig zur Zukunft des Bremer Airbus-Standortes bekannt. Ebenso haben wir uns als Parlament klar an die Seite des Bremer Stahlwerks gestellt und ein klares politisches Signal zu dessen Erhalt ausgesendet.

Im Rahmen des Bremen-Fonds haben wir früh Eckpfeiler für ein Corona-Konjunkturprogramm zur Wiederbelebung der Wirtschaft gesetzt. Wir haben Gastronomen ermöglicht, unbürokratisch ihre Außenbereiche zu erweitern und ihnen dort die Pacht erlassen. Wir haben die Veranstaltungswirtschaft unterstützt, unter anderem durch eine Förderung des Projektes "Club 100". Mit unterschiedlichen Förderprogrammen haben wir zudem nicht nur Handel und Gastronomie in der Innenstadt unterstützt, sondern gezielt auch in den Stadtteilzentren.

7. Häfen und Schifffahrt

Wir investieren massiv in die Häfen. Dafür sind im Haushalt 2020 rund 82,5 Millionen Euro und 2021 gut 111 Millionen Euro vorgesehen. Darüber hinaus unterstützen wir den Ausbau von Landstromanlagen in den bremischen Häfen, um Emissionen weiter zu reduzieren.

Wir haben uns zudem für einen nachhaltigen Neubau der Polarstern eingesetzt, der an norddeutschen Werften in Bremerhaven und Mecklenburg-Vorpommern erfolgen soll. Auch haben wir die Zukunft der Lloyd-Werft im Parlament zum Thema gemacht. Unser Ziel ist klar: Wir wollen die Werft und die fachliche Kompetenz vor Ort sichern und Perspektiven für die knapp 350 Beschäftigten und Auszubildenden schaffen!

8. Medien und Digitalisierung

Die Digitalisierung und neue Medien betreffen viele Bereiche unseres täglichen Lebens. Digitale Teilhabe darf in der Gesellschaft keine Frage der Generation oder des Einkommens sein; nur so lässt sich eine digitale Spaltung verhindern. Damit alle Menschen unabhängig ihres Alters Zugang zu diesem Teil des gesellschaftlichen Lebens haben und vor allem sicher im Umgang mit den Medien sind, haben wir uns dafür eingesetzt, die Medienkompetenz junger ebenso wie älterer Menschen zu stärken. Dazu soll es zentrale Ansprechpartner:innen geben und unter Berücksichtigung unterschiedlicher Zielgruppen eine Gesamtstrategie zur Medienkompetenz erarbeitet werden. Die Ausstattung aller Schüler:innen mit Tablets wird langfristig eine ganze Generation prägen und positive Auswirkungen auf die künftige Arbeitswelt haben. Innovativ und gerecht wird hier weiter unser Leitfaden für unsere politische Arbeit sein.

9. Stadtentwicklung und Bau

Unser Ziel ist es, neuen und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen – 10.000 Wohneinheiten in dieser Legislaturperiode! Und wir achten dabei darauf, möglichst gemeinnützig, barrierefrei und bezahlbar zu bauen. Die Zahl der Wohnungen mit Sozialbindung wollen wir bei 8.000 stabilisieren. Dazu bauen wir die Wohnraumförderung im Rahmen eines neuen Bundesprogramms um zwei Millionen Euro aus. Für Projekte der Städtebauförderung und Sozialer Stadt haben wir den Etat um fast sechs Millionen Euro erhöht.

Mit dem Instrument des Vorkaufrechts sichern wir die deutliche Mitsprache der Stadt bei der Planung und Durchführung von Bauprojekten und verhindern Spekulation; so geschehen auf dem Coca-Cola- und dem Könnecke-Areal in Hemelingen und dem Hachez-Gelände in der Neustadt. Die verbindliche Sozialquote haben wir von 25 auf 30 Prozent erhöht. Bei Bauvorhaben wie dem Bundesbank-Quartier konnten wir in Gesprächen sogar erreichen, dass diese Quote übererfüllt wird. Mit der konsequenten Anwendung der gültigen Gesetze sorgen wir dafür, dass Zweckentfremdung und Missstände in Wohngebäuden schnell beseitigt werden können. Wir führen hier auch Gespräche zur Zukunft der Immobilie Neuwieder Straße 3.

Mit dem Stadtentwicklungsplan Wohnen 2030 haben wir einen Instrumentenkasten geschaffen und sorgen so für mehr Angebote in allen Segmenten: Für Singles ebenso wie für Familien und für Senior:innen. Und auch der Faktor Stadtentwicklung ist für uns von zentraler Bedeutung. Wir entwickeln in den Quartieren ein attraktives Umfeld; das heißt funktional und sozial gemischt. Wir wollen – ähnlich wie die Studierendenwohnheime – ein Wohnheim für Auszubildende errichten. Dazu haben wir den Senat dringlich aufgefordert, die konkrete Planung und Realisierung unverzüglich anzugehen.

Das erfolgreiche Klushuizen-Projekt zur Stabilisierung benachteiligter Quartiere treiben wir voran. So ist ein weiteres Projekt im Bremerhavener Goethe-Quartier mit der STÄWOG in Planung.

10. Verkehr

Wir arbeiten an der Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplans, um die Verkehrssituation im Land zu verbessern. Schwerpunkte sind dabei Überlegungen zur autoarmen Innenstadt, zum Parken in Quartieren, zur ÖPNV-Strategie und zum Verkehrskonzept Stadt-Region.

Wir verbessern den Radverkehr. Ein Modellprojekt Protected Bike Lanes befindet sich, in Abstimmung mit den Beiräten, in der Umsetzung. Wir bringen den Ausbau von Parkmöglichkeiten für Fahrräder voran. Mit der Umsetzung der Radpremiumrouten, dem Projekt Wallring sowie den geplanten Fußund Radverkehrsbrücken über die Weser sind grundlegende Verbesserungen zur Vernetzung im gesamten Stadtgebiet vorgesehen, die insbesondere die Erreichbarkeit des Zentrums aus den Stadtteilen betreffen sowie die beiden Weserseiten besser miteinander verbinden. Dabei verlieren wir die Sanierung vorhandener Fahrradwege nicht aus den Augen.

Ein wichtiger Schritt in Richtung eines kostenfreien ÖPNV ist die Einführung des Stadttickets. Seit dem 1. Januar 2021 fahren Bremer Schulkinder und Auszubildende aus Familien mit geringem Einkommen mit dem Stadtticket kostenlos, Erwachsene zahlen noch 25 Euro im Monat. Dies



Gleicher Lohn für gleiche Arbeit: Dass es hier noch viel Nachholbedarf gibt, bis dies auch für Frauen gilt – darauf macht in jedem Jahr der Equal Pay Day aufmerksam. Auch unsere Abgeordneten haben sich beteiligt.



Wir sind füreinander da – das ist das Motto des Nachbarschaftspreises der SPD-Fraktion. Schirmherrin Petra Krümpfer besuchte gemeinsam mit Holger Welt den Verein Sonnenblume e.V. in Bremerhaven-Leherheide, den 1. Preisträger im Jahr 2020.

kommt unmittelbar Menschen zugute, die Sozialleistungen empfangen. Insbesondere Kinder und Jugendliche werden davon profitieren! Wichtig ist für uns zudem, dass der ÖPNV nicht nur preislich, sondern auch vom Angebot her attraktiver wird. Deswegen haben wir zum Beispiel zusätzliche Mittel für die Planung der Straßenbahnverlängerung in Osterholz bereitgestellt.

Mit der Initiative "Platz da!" haben wir einen Kompromiss entwickelt: So wollen wir durch häufigere Kontrollen und konsequenteres Abschleppen den Anteil illegal parkender Autos senken. In Gebieten mit sehr hohem Handlungsbedarf in den innenstadtnahen Stadtteilen wollen wir eine sozialverträgliche Parkraumbewirtschaftung einführen — sofern die jeweils zuständigen Beiräte dem zustimmen.

11. Umwelt und Klimaschutz

Auch in Zeiten der Corona-Pandemie hat das Thema Klima- und Umweltschutz für uns zentrale Bedeutung. Dieser Bedeutung angemessen ist die erstmalige Einsetzung einer Enquetekommission der Bürgerschaft, in der wir eine engagierte Klimaschutzstrategie für das Land Bremen erarbeiten. Zudem wirken wir mithilfe eines Antrags "Zero Waste" auf eine Vermeidung von Müll hin –

etwa dadurch, dass die Strukturen weiterentwickelt werden, die die Reparatur von Konsumgütern erleichtern oder die Gebrauchsdauer von Produkten durch Weitergabe oder Ausleihe verlängern.

Auf unsere Initiative hin wurde zudem ein Konzept entwickelt, das die Nutzung von Einweggrills im öffentlichen Raum untersagt und klare Regeln aufstellt, wo in der Öffentlichkeit gegrillt werden darf, um Vermüllung öffentlicher Grünflächen zu verhindern. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass die Beleuchtung im öffentlichen Raum schneller auf energieeffizientere LEDTechnik umgestellt wird. Mit einem Landesprogramm soll zudem der Ausbau der Solarenergienutzung im Land Bremen deutlich und sozial verträglich beschleunigt werden.

12. Kultur

Wir haben den Kulturhaushalt um rund zehn Millionen Euro aufgestockt. Davon profitieren alle Kultureinrichtungen in Bremen und Bremerhaven und davon profitieren auch die Künstler:innen der Freien Szene. Und was uns besonders wichtig war: Auch die Quartiere profitieren davon, denn wir haben zum Beispiel die Stadtteilkulturbudgets erhöht. Die Bürgerhäuser werden aus dem Kulturhaushalt besser ausgestattet – und wir haben hier



2. Preisträger beim Nachbarschaftspreis der SPD-Fraktion wurde das Kinder- und Jugendhaus "Ratze" in Walle – Petra Krümpfer übergab den Preis gemeinsam mit Falk Wagner.

als Fraktion gemeinsam mit den Koalitionspartnern noch einmal einen Schwerpunkt gesetzt, indem wir zusätzliches Geld für kleinere Kultureinrichtungen, Projekte und eben Bürgerhäuser bereitstellen.

Mit einem Stipendienprogramm unterstützen wir in der Pandemie freischaffende, professionell arbeitende Künstler:innen aller Sparten. Mit der Fortsetzung des Programms "Sommer-Summarum" wollen wir von Juni bis August durch Open Air-Veranstaltungen in allen Stadtteilen kulturelle Events ermöglichen.

13. Jugend-, Sozial- und Integrationspolitik

Die Corona-Pandemie selbst und ihre Folgen treffen die Menschen in Bremen und Bremerhaven je nach ihrer sozialen Situation höchst ungleich. Umso wichtiger ist, dass wir uns für die gute finanzielle Absicherung unserer sozialen Einrichtungen und Träger eingesetzt haben. Unterstützungsleistungen im Quartier sind für uns dabei wichtige Elemente der Corona-Bekämpfung vor Ort. Dazu gehören u. a. der Ausbau der Straßensozialarbeit in den Corona-Hotspots, Schulungen für Multiplikator:innen und die Weiterentwicklung des Angebots an Sprach- und Kulturver-mittler:innen.

Unser politisches Engagement ging aber deutlich über die Bekämpfung der Folgen der Pandemie hinaus. Wir haben weiter für die faire Berechnung des Existenzminimums gestritten und uns dafür eingesetzt, dass Bedarfsgemeinschaften mit Kindern im Sozialleistungsbezug keine Sanktionen bekommen können.

Das neue Landesprogramm "Lebendige Quartiere" will das Auseinanderdriften der Quartiere verhindern helfen und mittelfristig die Folgen von Armut abmildern. Wir können mithilfe des Landesprogramms besonders wichtige Gemeinschaftseinrichtungen für Stadtteile – nämlich die Quartierszentren – absichern, wir können kleinere Gebiete in Förderstrukturen aufnehmen und Quartiere im Werden beim wichtigen Aufbau sozialer Infrastrukturen unterstützen. Damit sichern wir zentrale Orte für Menschen in den Nachbarschaften und ergänzen unser bestehendes erfolgreiches Programm "Wohnen in Nachbarschaften", welches wir zudem ganz erheblich ausbauen.

Wir haben uns für die Sicherung der Versorgungskontinuität für Menschen mit Behinderungen eingesetzt, die Assistenzleistungen benötigen und einen Krankenhausaufenthalt haben. Darüber hinaus haben wir uns für die Sicherung des Entgelts für Beschäftigte in den Werkstätten für



Ungewohnter Ort: Die Bürgerschaft tagt in den Messehallen, um den nötigen Mindestabstand einhalten zu können. Die Maskenpflicht gilt auch hier.

Menschen mit Behinderungen über das Jahr 2020 hinaus eingesetzt. Für uns ist klar: Es ist sozialpolitisch nicht zu rechtfertigen, das ohnehin geringe Entgelt der Beschäftigten in den Werkstätten coronabedingt zu reduzieren!

Wir konnten eine bessere Ausstattung der Wohnund Betreuungsaufsicht sowie eine ausgeweitete finanzielle Ausstattung der Seniorenbegegnungsstätten durchsetzen. Die Ausweitung des Systems der Pflegestützpunkte haben wir aktiv begleitet. Ein Modellprojekt für die nächsten drei Jahre im Bremer Westen und Süden soll die bestehende Beratungsstruktur ergänzen, um die Organisation der Pflege für die Betroffenen und ihre Angehörigen zu vereinfachen.

Wir haben die Stadtteilbudgets für die Offene Jugendarbeit aufgestockt und fördern zusätzlich Angebote, die stadtweit von Jugendlichen angenommen werden ebenso wie Angebote für Jugendliche zwischen Sport und Sozialarbeit. Darüber hinaus haben wir die Jugendverbände besser für ihre wichtige Arbeit ausgestattet. Im Bereich der Angebote für Kinder unter zwölf Jahren und bei der Erhöhung der Mittel für Spielplatzsanierungen haben wir im Haushalt deutliche Verbesserungen erreicht.

Wir haben die Planungen für die Einrichtung einer Landesantidiskriminierungsstelle als Erstanlaufstelle für alle Diskriminierungsarten erfolgreich auf den Weg gebracht und uns zudem für einen Landesaktionsplan gegen Rassismus eingesetzt und dies in der Bürgerschaft beschlossen. Den Sprach- und Integrationsmittlern sowie den Sprach- und Kulturlotsen wollen wir eine dauerhafte Beschäftigungsperspektive ermöglichen.

14. Inneres und Justiz

Wir stehen für ein sicheres und sauberes Bremen. Dazu setzen wir uns weiterhin für mehr Polizisten:innen im Land Bremen ein. Im Jahr 2020 konnten 200 neue Bewerber:innen ihre Polizeiausbildung im Land Bremen beginnen. Außerdem haben wir gezielt zusätzliche Stellen geschaffen, um Kriminalität im Internet wirksamer zu bekämpfen.

Wir haben im Jahr 2020 ein neues Polizeigesetz auf den Weg gebracht und verabschiedet. Dabei haben wir ein bürgernahes Polizeigesetz geschaffen, das einen gut ausbalancierten Mittelweg zwischen Freiheitsrechten der Bürger:innen und Eingriffsmöglichkeiten der Polizeibeamten:innen findet.

Kontaktpolizist:innen sorgen für eine direkte Betreuung und Präventionsarbeit in einzelnen Stadtteilen und verkörpern die Bürgernähe der Polizei. Wir haben die Anzahl der Kontaktpolizeibeamten 2020 deutlich erhöht und halten an unserer Zielzahl von 110 Kontaktpolizist:innen weiter fest.

In den Haushaltsberatungen haben wir uns erfolgreich für eine deutliche Erhöhung der Aufwendungen für die Feuerwehr eingesetzt. Mit dem Budget konnten neue Fahrzeuge angeschafft werden.

Auch durch die Corona-Pandemie schreitet die Digitalisierung bei den Gerichten weiter voran. Neben dem Bremer Verwaltungsgericht arbeiten nun auch das Oberverwaltungsgericht sowie das Arbeits- und Landesarbeitsgericht vollumfänglich mit der elektronischen Akte.

15. Sportpolitik

Auch im Sportbereich war im Jahr 2020 der Umgang mit der Corona-Krise von zentraler Bedeutung. Die Absicherung der Vereine bei finanziellen Verlusten konnten wir sicherstellen. Hat es die epidemiologische Lage erlaubt, so haben wir uns für daran angepasste Lockerungen im Sport stark gemacht.

Wir haben uns sportpolitisch erfolgreich für eine deutliche Erhöhung der Sportfördermittel ab 2020 und des Ehrenamtleiter:innenzuschusses ab 2021 eingesetzt. Diese Maßnahme wird sich positiv auf die Einwerbung von Übungsleiter:innen auswirken, denn die Vereine erhalten dafür ab 2021



Zehn Regierungserklärungen gab Bürgermeister Andreas Bovenschulte im Zuge der Corona-Pandemie bis Mai 2021 ab – für die SPD-Fraktion führte ihr Vorsitzender Mustafa Güngör diese wichtigen Debatten.

300.000 Euro mehr pro Jahr. Zudem engagieren wir uns in den zuständigen Gremien für die Absicherung der Vereine hinsichtlich der Zahlung des Mindestlohns. Denn für uns steht fest: Der Mindestlohn muss für alle Beschäftigten gelten!

Wir haben uns erfolgreich für die Förderung von Vereinsmitgliedschaften für Kinder und Jugendliche aus geringverdienenden Familien ohne Anspruch aus dem Bundesteilhabepaket eingesetzt. Zudem haben wir uns dafür engagiert, dass Mittel in Höhe von 220.000 Euro für das Programm "Kids in die Clubs" im Haushalt bereitgestellt werden.

Mit dem Aktionsplan für die Zukunft des Sports im Land Bremen haben wir uns für die gemeinsame Förderung des Breiten- und Leistungssports klar positioniert. Außerdem haben wir den Vereinen deutlich mehr Geld zur Verfügung gestellt, damit sie die Bahnpreise an die Bremer Bäder entrichten und ihre Angebote erhalten und ausbauen können. Darüber hinaus haben wir dafür gesorgt, dass das Projekt "Kids in die Bäder" zusätzlich zu den privaten Spenden auch Unterstützung aus dem Haushalt erhält. Ein großer Erfolg ist schließlich, dass Kinder und Jugendliche bis 16 Jahre nur noch 1 Euro Eintritt im Freibad zahlen müssen!

16. Gleichstellung

Vor dem Hintergrund der Lockdowns rückt das Thema Schutz vor häuslicher Gewalt noch stärker in den Fokus. Wir fordern nach wie vor die vollumfängliche Umsetzung der Istanbul-Konvention – Gewalt gegen Frauen und Mädchen lehnen wir ausdrücklich ab! Auch aus diesem Grund haben wir uns dafür eingesetzt, dass künftig jeweils am 25. November – dem Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen – die Bremische Bürgerschaft entsprechend beflaggt wird. Damit die Pandemie und ihre Folgen geschlechtergerecht behandelt werden, begrüßen wir zudem ausdrücklich, dass bei Antragsbewilligungen für den Bremen-Fonds explizit auch Geschlechterkriterien ("Gender-Checks") berücksichtigt werden.

Darüber hinaus bleibt es unser übergeordnetes Ziel, gleichen Lohn für gleiche Arbeit zu erreichen. Dafür haben wir uns in dieser Legislatur in mehrfacher Hinsicht stark gemacht. So wird beispielsweise aktuell eine Senatsstrategie Entgeltgleichheit erarbeitet, um im Land Bremen geschlechterspezifische Lohnungleichheit passgenau zu bekämpfen.

Entschieden haben wir uns auch gegen die Diskriminierung von LGBTQ eingesetzt. So haben wir zum Beispiel in der Bürgerschaft die Forderung formuliert, dass queere Eltern nicht benachteiligt werden – und wir haben eine Initiative auf den Weg gebracht, dass nicht mehr die sexuelle Orientierung oder die Geschlechtsidentität Menschen von einer Blutspende ausschließen, sondern ausschließlich medizinische Gründe.

ihre Arbeit nachhaltig verändert. Wir haben zunächst die mögliche Herstellung der Öffentlichkeit über Videoschalten geschaffen und diskutieren nun gemeinsam mit den Beiräten eine Novellierung des Beiräteortsgesetzes unter Berücksichtigung der Folgen der Pandemie. Dafür sind wir mit unseren Beirät:innen im permanenten Austausch und arbeiten eng mit ihnen zusammen. Wir stärken weiterhin die direkte Demokratie und haben dafür das Einbringen von Bürger:innenanträge auf Landes- und Stadtebene erleichtert.

17. Beiräte und Bürgerbeteiligung

Die Corona-Pandemie hat auch vor den Beiräten und ihrer Arbeit nicht Halt gemacht – und sie hat





Oben: Auch für Mitte und den Bremer Süden gibt es nun ein Büro, das sich die SPD-Bürgerschaftsabgeordneten gemeinsam mit der Bundestagsabgeordneten Sarah Ryglewski teilen. Hier freuen sich Birgitt Pfeiffer, Anja Schiemann, Volker Stahmann, Sarah Ryglewski, Sascha Aulepp und Carsten Sieling über die Eröffnung.

Unten: Im Bremer Osten eröffneten die örtlichen SPD-Bürgerschaftsabgeordneten gemeinsam mit dem Europaabgeordneten Joachim Schuster ein Büro als Anlaufstelle vor Ort. Hier zeigen Schuster und SPD-Fraktionschef Mustafa Güngör die Räumlichkeiten.





SPD-Landesorganisation Bremen